

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg, Neuland. Druck von Franz Reiche, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eing. Schrotbockstr.). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzerationsgebühr die fünfgespaltene Zeitspalte 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 142.

Magdeburg, Mittwoch, den 21. Juni 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Zuchthausvorlage im Reichstage.

Erste Lesung, Erster Tag.
(Eigener Bericht.)

Mr. Berlin, 19. Juni.

Im Reichstage kam heute endlich die viel berufene Zuchthausvorlage zur Verhandlung. Zu Anfang der Sitzung wurde freilich noch etwas ausführlich über das Handelsprotokoll mit England debattiert und die zahlreichen Zuhörer wurden auf eine harte Geduldsprobe gestellt, ehe die Beratung der Zuchthausvorlage begann.

Das Haus war annähernd beschlußfähig, am Regierungstisch aber war man vollzählig beisammen. Die verbündeten Regierungen waren wirklich in corpore angetreten vom Reichskanzler abwärts über die Staatssekretäre und preussischen Minister hinweg bis zu einer Unzahl von kleinstaatlichen Vertretern und Geheimräten aus den Reichen Posadowsky und Nieberding, in welchen ja der Wechselbalg der Vorlage das Licht der Welt erblickt hat.

Wie schon angekündigt worden war, hatte es der Reichskanzler selbst übernommen, die Vorlage dem Hause zu überreichen. Er beschränkte sich aber auf eine kurze einleitende Rede; die Hauptarbeit der „Begründung“ überließ er dem Grafen Posadowsky. Der Reichskanzler ist ein Optimist; er hofft immer noch auf ein Zustandekommen der Vorlage und kann sich gar nicht denken, daß auch andere Parteien wie die Sozialdemokratie gegen das Gesetz sein könnten. Wir sind doch gewiß pessimisten, aber an eine Annahme der Zuchthausvorlage durch diesen Reichstag glauben wir doch noch nicht. Wie die Begründung, die der Vorlage beigegeben ist, so citierte auch der Reichskanzler den Herrn von Berlepsch und seine vor 8 Jahren versuchte gesetzgeberische Maßnahme, den § 153 der Gewerbeordnung zu verschärfen. Herr Berlepsch, der heute, wie bekannt, ganz anders denkt, muß doch den herrschenden Gewalten recht unangenehm sein. Fürst Hohenlohe erutete mit seiner Rede auf der Rechten Beifall, auf der Linken konnte man sich manchmal das Lachen nur schwer verbeißen.

Erster wurde es, als Graf Posadowsky zu reden begann. Dieser glatte geschmeidige Redner suchte die Vorlage als möglichst harmlos hinzustellen und wollte es absolut nicht wahr haben, daß die Vorlage das Koalitionsrecht vernichte. Natürlich fehlte die bekannte Redensart nicht, daß das Gesetz nur die Auswüchse treffen sollte und um solche Auswüchse zu beweisen, citierte er und citierte er immer und immer wieder Stellen aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Blättern, die Aufforderungen zu Ungeheuerlichkeiten beweisen sollen. Mit solchen Citaten die aus dem Zusammenhang gerissen sind, ist das natürlich eine sehr verzwickte Sache. Herr Posadowsky suchte auch mit englischer Gesetzgebung und selbst mit Aussprüchen unserer Parteigenossen Webb zu operieren. Aber sowohl Sidney Webb wie Beatrice Webb werden sich bedanken, als Gidesehler für den Grafen zu fungieren. Mit einem emphatischen Ausruf des Bürgeriums gegen die Sozialdemokratie schloß der Staatssekretär.

Ihm folgte Bebel, der mit einer glänzenden zweistündigen Rede den Rest der Sitzung ausfüllte. Obwohl unser Parteiführer mit dem Organ ein wenig zu kämpfen hatte, waren seine Ausführungen doch ungemein wirkungsvoll. Er schilderte mit flammender Beredsamkeit die Empörung der Arbeiterfreie und zeigte an der Hand der Rechtsprechung, wie hart schon heute die Arbeiter wegen Streikvergehens von den deutschen Richtern angefaßt werden. Mit bitterem, aber berechtigtem Hohn zerpflückte er die ansehnlichsten Stellen der sogenannten „Begründung“ und „Denkschrift“. Er führte den schlagenden Beweis, daß nicht nur das Koalitionsrecht, sondern auch das Organisationsrecht der Arbeiter völlig in Frage steht und daß die Arbeiter eine Erweiterung des Koalitionsrechtes, nicht aber eine Verstümmelung fordern müssen. Wird die Vorlage Gesetz, so wäre das eine Schmach und Schande für Deutschland, so schloß unser Redner unter dem begeisterten Beifall der Linken.

Morgen werden die bürgerlichen Redner zu Worte kommen, aber der Vater der Vorlage, König Stumm, — o Ironie des Schicksals — fehlt.

Am Bundesratstag: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Staatssekretär Graf Posadowsky, Staatssekretär v. Süllo und zahllose Kommissare.

Nach einer längeren Debatte über das Handelsprotokoll mit England, die die Leser an anderer Stelle finden, folgt die erste Beratung der Zuchthausvorlage.

Es ergreift zuerst das Wort

Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Nach ehe der Gegenentwurf dem Reichstage vorgelegt wurde, wurden in der Presse und in öffentlichen Versammlungen lebhaftest Angriffe gegen ihn erhoben; auch im Reichstage haben diese Angriffe bereits mehrfachen Ausdruck gefunden. Und doch bringt das Gesetz

nichts Neues und Unerwartetes, schließt sich vielmehr eng an die vor 8 Jahren eingebrachte und damals abgelehnte Vorlage des Ministers von Berlepsch an. Die Bekämpfung des Gesetzes durch die sozialdemokratische Partei begreife ich; dagegen begreife ich nicht, daß diejenigen Parteien, die weder auf Kollektivismus noch auf Republikanismus loszukommen, sich an der grundsätzlichen Bekämpfung des Gesetzes beteiligen. (Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Das Koalitionsrecht der Arbeiter soll nicht im geringsten beschränkt werden (Heiterkeit links); Arbeiterausstände bleiben wie bisher möglich (Zurufe bei den Sozialdemokraten). Das Gesetz soll lediglich die Beschränkung der Willensfreiheit des einzelnen durch Terrorismus, vor allem aber das Treiben gewerkschaftlicher Agitatoren und Heger verhindern. Der Grund der Verzögerung der Vorlegung des Gesetzes lag in Hindernissen, die die verbündeten Regierungen zu beseitigen nicht in der Lage waren. Nach den feierlichen Ankündigungen der Thronrede durften die Regierungen nicht zögern, das Gesetz dem Reichstage vorzulegen, um damit die künftlich geschaffenen Besorgnisse zu zerstreuen. Ich hoffe, daß wir, wenn auch nicht jetzt, doch bei späterer Verhandlung ein Gesetz zustande bringen werden, das die Interessen der Arbeiter zu schützen geeignet ist. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky.

Was ist Koalitionsfreiheit?

Meine Herren! (Hr. Singer: Fest kommen die Patronen!) (Große Heiterkeit!) Meine Herren! Ich möchte den einleitenden Worten des Herrn Reichskanzlers noch einiges hinzufügen. Der Herr Reichskanzler hat bereits angedeutet, daß diese Vorlage von ihren radikalen Gegnern nicht sowohl aus sachlichen als aus allgemein politischen Gründen bekämpft wird. Eine ruhige und objektive Erörterung der Frage habe ich in der gegenwärtigen Presse nicht gefunden. Man behauptet, wir wollten zwar formell den Arbeitern die Koalitionsfreiheit lassen, sie ihnen aber in Wirklichkeit nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Behauptung ist unrichtig (Widerpruch links) und die Herren, die dieselbe aufstellen, wissen, daß dem so ist. (Lachen links.) Ich behaupte persönlich, daß die Koalitionsfreiheit gewissermaßen im wirtschaftlichen Interesse aufrecht erhalten werden muß. (Zuruf bei d. Soz.: Gewiß!) Die moderne Industrie hat Arbeitsstätten von dem Umfang von Klein-, ja von Mittelstädten ins Leben gerufen. Ganz naturgemäß sind die Ansprüche der Arbeiter an ihre Lebenshaltung, sowie ihr Selbstvertrauen — letzteres namentlich auch durch das allgemeine Wahlrecht — gestiegen. Die Arbeiter haben erkannt, daß ihre Interessen teilweise solidarisch sind, sowie, welcher Vorteil für sie in der solidarischen Interessenvertretung liegt. Wie die Unternehmer in Syndikaten sich zusammenschließen, so koalieren sich daher auch die Arbeiter, um ihren Arbeitslohn zu steigern. Gegen diese Erscheinungen ist nichts zu machen; das Erwerbsleben muß mit denselben rechnen; man kann sich damit trösten, daß Ueberpannungen von der einen wie der anderen Seite ihre nötige Korrektur in sich selbst finden werden. In den Ausstellungen des hier oft citierten Ehepaars Webb — das bekanntlich sehr arbeiterfreundlich ist — bin ich auf eine Ausführung über die Streikverhältnisse in England gestoßen, aus der hervorgeht, daß Arbeiterausstände doch ein zweischneidiges Schwert sind. Ein Beginn der Koalitionsfreiheit, wie ihn die radikalen Gegner dieser Vorlage definieren, ist unvereinbar mit der Sicherheit irgend eines geordneten Staatswesens. (Sehr richtig! rechts.) Die Bestimmungen dieser Vorlage bezwecken nicht weiter als einen verstärkten Schutz der persönlichen Freiheit. (Lachen links.) Was ist Koalitionsfreiheit? Was ist überhaupt Freiheit? (Starkes Gelächter.) Freiheit ist jedenfalls die Möglichkeit, etwas zu thun oder auch etwas zu lassen. (Erneutes Gelächter.) Koalitionsfreiheit ist also die Möglichkeit, sich zu koalieren oder eine Koalition abzulehnen. Wir wollen den Arbeitern das vollkommene freie Selbstbestimmungsrecht geben, unter welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. Aber die Koalitionsfreiheit verwandelt sich heute sofort in einen Zwang, sobald von Berufs-Agitatoren oder einer Minderheit von Arbeitern ein Streik beschlossen wird, sobald der Arbeiter als Verräter angesehen wird, der sich diesem Beschluß nicht fügt. Wenn jemand sagt: ich bin zufrieden mit meinem Loie, so nennen Sie ihn — wie dies kürzlich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter that — einen Dummen oder einen Schuft.

Der „Mißbrauch“ der Koalitionsfreiheit.

Die Vorlage unterscheidet konsequent zwischen der berechtigten Ausübung der Koalitionsfreiheit und dem durch ein übertriebenes Machtwortsein der Arbeiter hervorgerufenen Mißbrauch derselben. Sie nehmen, wie aus ihren Preisäusserungen klar hervorgeht, für sich das Recht in Anspruch, mit gesetzwidrigen Mitteln zu drohen. Noch 1891 hat die sozialdemokratische Fraktion durch ihre Anträge zur Gewerbeordnung das für verwerflich erklärt. Und jetzt sagen sie: ohne Drohung kann man das Koalitionsrecht überhaupt nicht ausüben. Das heißt doch nichts anderes, als daß Sie erklären: „Wir sind der Staat! Wir haben zu beschließen und die Arbeiter müssen sich fügen!“ Wenn der Staat das dulden wollte, so legt er das Schwert der Gewalt aus seiner Hand in die der sozialdemokratischen Partei. (Sehr richtig, rechts.)

Licht und Schatten.

Wer die Berechtigung der Vorlage bestreitet, der muß beweisen, daß die Handlungen, die wir unter Strafe stellen wollen, sündlich erlaubt sind, oder daß die bestehenden Vorschriften schon ausreichen. Beides ist nach unserer Ueberzeugung nicht der Fall. Wir haben aber Licht und Schatten gleichmäßig verteilt, wir haben auch die Arbeitgeber unter Strafe gestellt, die durch ungesetzliche Mittel die Arbeiter von der Koalition fernhalten wollen, da die bisherige Jurisdiktion es zweifelhaft erscheinen läßt, ob jetzt auch die Arbeitgeber getroffen werden. (Heiterkeit links.)

Keine Nachfragen.

Dazu kommt, daß es bei der Anwendung dieser ungesetzlichen Mittel sich nicht einmal immer um Fragen handelt, die das materielle Los der Arbeiter betreffen, sondern um reine Machtfragen. Viele Streiks werden lediglich deshalb eingeleitet, weil organisierte Arbeiter nicht mit unorganisierten zusammen arbeiten wollen. Man muß die Nichtorganisierten doch vor diesem unerhörten Druck ferns der Organisierten schützen.

Das Streikpostenfischen.

Besonders heftige Angriffe hat der Paragraph erregt, der von dem Postenfischen handelt. Das soll nach der sozialdemokratischen Presse etwas ganz Harmloses sein. Thatsächlich aber wird dadurch eine Art

Belagerungszustand nicht nur über die Arbeitsstätten, sondern auch über die arbeitswilligen Arbeiter verhängt.

Um den Terrorismus bei Streiks zu bekämpfen, haben wir auch die Aufkäufe und Zusammenrottungen bei Ausständen unter Strafe gestellt. Für ein geordnetes Staatswesen ist es ein unerhörter Zustand, daß Arbeitswillige in besonderen Fabrikräumen für die Nacht untergebracht werden müssen, daß sie von Polizeikolonnen zur Arbeit geführt werden müssen, wie zu Zeiten eines Bürgerkriegs. (Lachen links.)

Besonders scharf sind die Paragraphen des Entwurfs angegriffen worden, die sich auf die Gemeingefahr beziehen. Ein Streik, der nur einem Industriellen Schaden bringt, fällt niemals unter diesen Begriff. Also erfolgten jene Angriffe durchaus zu Unrecht.

Die schwarzen Listen.

Man hat dann auf die Disparität hingewiesen, die sich in dem Gestalten der schwarzen Listen äußern soll. Sie wollen eben die Aufrechterhaltung der absolutesten Koalitionsfreiheit den Unternehmern und dem Staate gegenüber; sobald es aber darauf ankommt, die Freiheit derer zu schützen, die sich einer Koalition nicht anschließen wollen, sind Sie nicht zu haben.

Staat im Staate.

Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im Staate, sie hat eine eigene Presse, eine eigene Polizei, eine eigene Finanzverwaltung und ein vollkommenes Steuerhystem. Sie bereitet sich nach dem Rezept ihres Parteiführers Marx auf das Sprengen der Schale unserer Gesellschaft vor. Ich hoffe aber, daß diese ernste Zeit auch ein starkes mutiges Bürgertum findet. (Auf: Hurra! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bebel (Sozialdemokrat)

Förderung der Sozialdemokratie.

Ich hatte geglaubt, es handele sich um ein Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses; wie die Begründung, die mir eben gehört haben, beweist, handelt es sich um ein verdecktes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie! (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn man hofft, damit der Sozialdemokratie zu Weibe gehen zu können, so täuscht man sich sehr: Hunderttausende von Arbeitern werden durch dieses Gesetz in die Arme getrieben. (Sehr richtig! bei den Soz.: Widerspruch rechts.) Das Gesetz könnte am besten ein Gesetz zur Förderung der Sozialdemokratie benannt werden. (Sehr gut! bei den Soz.: Widerspruch rechts.) Seit zwei Jahren steht das Gesetz wie eine Wetterwolke am politischen Himmel. Wir haben es erwartet, auch wenn es nicht in der Thronrede angekündigt worden wäre und haben uns nur gewundert, daß es so spät gekommen ist. Wir haben nun von dem Herrn Reichskanzler gehört, daß allerlei Hindernisse das frühere Ercheinen des Gesetzes verhindert hätten. Ein Anzahl Regierungen haben sich, wie ich zu ihrer Ehre annehme, gegen die Vorlage getraut. (Widerpruch rechts.) Schaden hat die Sozialdemokratie von dem Entwurf nicht. (Auf rechts: So nehmen Sie ihn doch an! Heiterkeit.) Wird er angenommen, so sage ich Ihnen, es wird eine Empörung unter der Arbeiterchaft Was greifen, die alles hinter sich läßt, was wir in dieser Beziehung bisher erlebt haben. Der Reichskanzler hat in seiner einleitenden Rede gesagt, nur die sozialdemokratischen Arbeiter könnten gegen den Gesetzentwurf sein. Der Reichskanzler muß sehr schlecht und unrichtig von seinen Geheimräten unterrichtet sein. Wäre er besser unterrichtet, er mühte wissen, daß auch die katholischen und protestantischen Arbeiter, überhaupt alle Arbeiter ohne Unterschied der Konfession und Parteirichtung empört sind über den Gesetzentwurf und etwas Unschicklicheres als die Einbringung kann ich mir vom Standpunkt der Regierung aus gar nicht denken. Die Folgen dieses Gesetzentwurfs werden Sie, wenn er wirklich angenommen werden sollte, woran ich heute noch zweifle, am eigenen Leibe zu spüren bekommen. (Sehr richtig, links.)

Berlepsch und § 153.

Der Reichskanzler hat auf die gesetzgeberischen Versuche unter dem Ministerium Berlepsch hingewiesen. Als damals aber der § 153 verhängt werden sollte, ließ der Reichstag in seiner über großen Mehrheit durch den Abg. Dipe aber eine sehr deutliche Abgabe erfolgen und die Regierung hätte sich diese Abgabe besser zu Herzen nehmen sollen, als sie es gethan hat. (Sehr richtig links.) Sie hätte sich sagen müssen, so lange ein ähnliche Majorität wie 1891 besteht — und das ist heute noch der Fall — so lange ist an eine Verhinderung des § 153 nicht zu denken. Der Reichstag hat damals aber nicht nur eine Verhinderung des § 153 abgelehnt, sondern auch eine Anerkennung der heraufstehenden Organisationen verlangt. Diese Forderung ist, obwohl sie seitdem immer wieder erhoben worden ist, noch nicht erfüllt worden. Statt dessen kommt diese Vorlage, in der die Arbeiter nicht nur eine Vernichtung des Koalitionsrechtes, sondern auch des Organisationsrechtes erleiden. (Lebhaftest Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Wenn Sie das bestreiten, so lesen Sie sich doch nur den § 1 durch und Sie werden einsehen, daß ich Recht habe. (Zustimmung links.)

Die Herren von der Regierung haben bestritten, daß der § 153 sich als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter giebt. Nun, in den Jahren, seitdem wir diesen Paragraphen besitzen, ist er ungeschätzte Male gegen die Arbeiter, ein einziges Mal gegen Unternehmer angewandt worden. (Hört, hört! links.) Die ultramontane Germania hat ganz ausdrücklich anerkannt, daß dieser Paragraph der richterlichen Willkür Thor und Thüre geöffnet habe.

Unternehmer, Arbeiter und Allgemeinheit.

Der Herr Staatssekretär selbst hat in seiner Begrüßungsrede darauf hingewiesen, daß die Unternehmer in Ringen, Syndikaten usw. zusammentreten, um den Preis ihrer Waren zu erhöhen. Nun, wenn dem so ist, warum läßt man denn nicht dem Arbeiter billig sein, was dem Unternehmer recht ist? Oder vielmehr — hat der Arbeiter nicht noch einen ganz besonderen Anspruch darauf, den Preis seiner Ware ungehindert erhöhen zu dürfen? Er hat ja nur eine einzige Ware zu verkaufen, eben seine Arbeitskraft; um sein und seiner Familie Leben zu fristen, muß er dem Unternehmer sich selbst, seine Freiheit, während der Stunden der Arbeitszeit verkaufen. Und noch ein anderer Umstand will hier erwohnen sein. Im Interesse der Allgemeinheit ist es weit wünschenswerter, daß der Arbeiter, als daß der Unternehmer seine Lebensansprüche erhöht. Wenn das Einkommen eines Unternehmers verdoppelt wird, so wird er deshalb nicht seine Lebensbedürfnisse verdoppeln; wenn hundert Arbeiter höhere Löhne sich

Der Kaiser hat am Sonnabend nach der Elb-Regatta eine Rede gehalten, die überraschende Ausblicke in die kommende Weltpolitik Deutschlands gewährt. Es war an Bord des Schnelldampfers „Fürst Bismarck“ bei Brunsbüttel. Der Hamburger Bürgermeister brachte beim Essen, an dem 180 Personen teilnahmen, den Toast auf den Kaiser aus und zog dabei eine Parallele zwischen der Entwicklung der deutschen Seemacht und des Segelsports. Er feierte auch den Ankauf der Karolinen, wodurch dem deutschen Unternehmungsgeist ein weites Feld fruchtbringender Thätigkeit eröffnet sei. Der Kaiser erwiderte nach dem Bericht des offiziellen Volkstischen Bureaus:

In den Worten der Rede, mit schwingvollen Worten hat Seine Majestät, Ihr verehrter Herr Bürgermeister, soeben im Namen aller Versammelten mich begrüßt. Ich danke Ihnen von Herzen für diesen freundlichen Empfang. Es ist durchaus keine Schmeichelei, wenn ich erkläre, daß der Tag der Elb-Regatta für mich immer ein Tag der Freude ist, dem ich mit Ungeduld entgegen sehe, denn er bedeutet für mich immer einen Feiertag nach schwerem Bemühen. Das Zusammensein mit Herren, die gleichen Zielen entgegenstreben, mit Männern von Kopf und besetzt von dem Geist, der über die Welt dahinschwebt, und die schon manches gesehen und erlebt haben, ist für mich ein Labial und regt auch mich zu neuen Gedanken, zu frischem Thun an. Sie haben freundlicher Weise bei Ihrem Rückblick der Anstrengungen und Arbeiten gedacht, die ich unternommen habe, um auch bei uns den Segelsport vorwärts zu bringen. Meine Herren, das ist eine von den Künsten, — so will ich es einmal nennen, — die wir pflegen können, weil wir in gesichertem Frieden zu leben imstande sind, und wir können das bloß, weil wir nunmehr auf der Basis stehen, die mein seliger Großvater und mein seliger Vater uns erstritten haben. Seitdem nun aber ein Deutsches Reich besteht und unser gesamtes deutsches Volk unter einheitlichem Banner seinem Ziele entgegenarbeitet und seitdem wir wissen, daß durch unser festes Zusammenstehen wir eine unüberwindliche Macht in der Welt darstellen, mit der gerechnet werden muß, seitdem haben wir auch den Frieden bewahren können. Und keine Kunst ist wohl so geeignet, den Mut zu stählen und das Auge zu klären, wie die Fahrt auf dem Wasser. Ich hoffe, das Jahr aus Jahr ein vom Innern des Landes mehr und mehr ein stärkerer Zug hierher stattfinden werde, um immer mehr die Reize der Segelsportfreunde zu stärken und zu vermehren und nicht bloß den Kampf mit den Elementen aufzunehmen, der Geschicklichkeit fordert, sondern ich verspreche mir auch von dem Verkehr des Inlandes mit der „Wasserkante“ große Vorteile und befruchtende Gedanken für mein Volk. Meine Herren! Sie haben soeben gehört, und ich bin es Ihnen dankbar, daß Sie mit Freuden und Anerkennung unserer Politik folgten. Es ist mein Grundsat, überall, wo ich kann, neue Punkte zu finden, an denen wir einsehen können, an denen in späteren Zeiten unsere Kinder und Enkel sich ausbauen und das zu Nutzen machen können, was wir ihnen erworben haben. Langsam nur hat das Verständnis für Wasser- und Seeweisen, für die Wichtigkeit des Meeres und seiner Beherrschung bei unseren Landleuten Platz gegriffen; aber das Verständnis ist erwacht, und wenn einmal beim Deutschen eine Idee, ein Gedanke Funken gefangen hat, so wird selbiger auch bald zu lodender Flamme. So wird es auch hier sein. Das deutsche Volk ist wie ein edles Vollblutpferd, es duldet nicht, daß ihm einer an die Gurten herankommt, sondern will seinen Platz vorne behaupten, und das ist mein Wunsch: Wägen wir mit unseren sämtlichen Bestrebungen und mögen Sie in Hamburg mit Ihren Gedanken und Ihren vorwärtsgehenden Bestrebungen an der Spitze marschieren wie bisher, darauf lege ich mein Glas!

Mit der Erwerbung der Karolinen, Marianen und Palaos-Inseln ist das koloniale Bedürfnis des Kaisers also bei weitem noch nicht gestillt. —

Ueber die Wertlosigkeit der Karolinen urteilt die spanische Regierung in ihrer Begründung des Kaufvertrages also: „Die Last, die diese der spanischen Krone im Stillen Ozean noch verbliebenen Inseln für den Staatsschatz darstellen, die Verantwortung und die Kosten, welche die Verteidigung so entfernter Besitzungen mit sich bringen würde, das Fehlen moralischer und handelspolitischer Interessen und die Schwierigkeit, sie künftig zu schaffen, ohne Kosten zu verursachen, die mit dem Ergebnis, das man erwarten könnte, nicht im Verhältnis stehen, waren die Gründe, worauf sie (die vorige Regierung) sich stützte, um von den Cortes in einem schon abgefaßten Gezentwurf, der aber nicht mehr vorgelegt werden konnte, die Ermächtigung zu erlangen, die Art 55 der Verfassung vorzuschreiben, um die eingegangene internationale Verpflichtung vollziehen zu können.“ — Mit anderen Worten daselbe, was Bismarck 1855 sagte: Die Karolinen sind eine Lumperei! —

Nachrichten aus dem Auslande.

Von der Haager Friedenskonferenz lassen sich die Daily News melden, daß der deutsche Delegierte Professor Horn mit seinem Freunde, dem amerikanischen Delegierten Holls, nach Berlin reiste, um bei dem deutschen Kaiser unmittelbar vorzulegen zu werden. Das Blatt erzählt, beide sollen dem Kaiser Kompromißvorschläge vorlegen. Falls der Kaiser sich weigert, ein obligatorisches Schiedsgericht anzunehmen, soll er ersucht werden, die Konvention bezüglich des Schiedsgerichts unter Reserve zu zeichnen und sich nur zu

Kraft in Alenburg wurde von einem meiner Genossen benutzte, weil er zu Arbeitswilligen gesagt hatte: Schlag jeden mit der Wasserwaage über den Kopf, der sich nicht beugt. Daraufhin bekam er am 13. Juni 1891 eine Zuschrift des Staatsanwalts, nach der das Verfahren gegen ihn eingestellt war (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) und zwar weil seine Klageurtheile eine bei der Haltung der streitenden Mauer damals angebrachte Warnung enthalte. Sollte ein Arbeiter diese Drohung gebraucht, 6 Monate Gefängnis wären ihm sicher gewesen. (Sehr richtig, links.) So könnte ich Ihnen noch nach den verschiedensten Richtungen hin mit weiterem Material antworten. Namentlich die Denkschrift der General-Kommission enthält eine gewaltige Fülle von Thatsachen und steht an Sachlichkeit und Objektivität weit über der Denkschrift der Regierung. (Lachen rechts, Zustimmung links.) In den Notizen zum Entwurf steht auch nicht ein einziges Wort gegen die Unternehmer, mögen sie thun was sie wollen. Einen besseren Beweis für den einseitigen Klassencharakter der Vorlage kann man nicht verlangen. Wie gehen denn nun aber die Unternehmer vor? Ich habe hier ein Schriftstück von dem Obermeister der Janung Bauhütte in Bremerhaven. Da wird sämtlichen Maurermeistern mitgeteilt, daß ein Streit ausgebrochen sei. Es wird eine Liste mit 336 Namen beigelegt und gesagt: Diese Leute solle man in ganz Deutschland nirgendwo zur Arbeit annehmen, so lange in Geheimeinde der Streit bestehe. In Neunkirchen, der Residenz des Herrn v. Stumm, wurde vor kurzem in einer Maurerverammlung eine Arbeitseinstellung beschlossen. Darauf wurde den Arbeitern gedroht, jeder, der eine derartige Versammlung besuche, werde von der Arbeit ausgeschlossen. (Hört, hört! bei den Soz.) Also das wichtigste politische Recht wird den Arbeitern genommen! Was für ein Druck auch die Staatsbehörden auf die Unternehmer ausüben, beweist folgender Fall: Zwei Steinsehmern bei Magdeburg, die sich in der Organisation eines Streiks herbeigekannt hatten, schreibt der Unternehmer, das Landratsamt verlangt seine Entlassung, sonst würden ihm weder Kreis- noch Provinzialarbeiten weiter überwiesen werden. Es thäte ihm sehr leid, aber er könnte sie nicht behalten. Wozu dann noch dieses Gezei!

Auch von den Unternehmern wird Zwang und Drohung gegen Unternehmer angewandt, welche Ringen und Kräfte nicht betreiben wollen. Wenn den Unternehmern alle Mittel der Erwerblichkeit, des Berufs, der Drohung freistehen, um Leute in eine Verkaufsvereinbarung zu zwingen, die den Preis der Waren zu erhöhen bezweckt, so sollten allerdings solche Mittel auch den Arbeitern freistehen. Redner weist auf das Zucker-, das Kohlen-, das Drahtstift- und das Spiritus-indikat und ihre Verwurfsklärungen gegen die außerhalb des Ringes stehenden Unternehmer hin.

Die Denkschrift.

Nun noch einige Worte über die Denkschrift. Sie ist in der That das Unnützlichste, ich möchte sagen das Geschickteste, was mir jemals in meinem Leben in einem offiziellen Schriftstück begegnet ist. (Sehr wahr! links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrin:

Eine Vorlage der verbündeten Regierungen dürfen Sie nicht gehässig nennen.

Abg. Bebel (fortfahrend):

Die Denkschrift bringt ganz unkontrollierbare Angaben. Keine Namen werden genannt, keine näheren Beziehungen angegeben. Dieselben Streiks sind dort manchmal 30 mal aufgeführt, so daß sie den Grund von 30 verschiedenen Streiks erwecken. Da wird als tiefgründige Weisheit erzählt, daß man die und die Personen, die das und das gemacht hätten, nicht habe bestrafen können, weil man sie nicht erwischen habe. (Weiterkeit.) Wie kann ein Mann, der zur Studie hat und bei dem doch eine gewisse logische Denkfähigkeit voraussetzen muß eine solche Denkschrift abfassen, die geradezu eine Beleidigung für den Reichstag ist! (Sehr richtig! links.)

Die Denkschrift bringt vor allem Aussagen von Polizeioorganen. Nun ich meine, man brauchte sich in solchen Fällen nicht an die Polizei zu wenden. Jeder Polizist betrachtet sich gewissermaßen als Stellvertreter Gottes. Ebenjowenig war die Staatsanwaltschaft geeignet, Auskunft zu geben. Jeder Staatsanwalt betrachtet es beinahe als persönliche Beleidigung, wenn der Uebeltäter, gegen den er eine Verurteilung beantragt hat, freigesprochen wird, und er wird leicht eine Verurteilung der Geleise wünschen, damit so etwas nicht wieder vorkommt. Auf Seite 39 der Denkschrift hat mich ein Satz höchlichst amüsiert. Es heißt da: Große Ordnungsgestaltungen u. wurden bei den Stuttgarter Streiks in der Regel mit Bedacht vermieden, um den Schein des Gesellichen täuschlich zu wahren, an strafbaren Ausföhrungen aber fehlte es nicht.

Ich muß gestehen, ich würde mich schämen, so etwas hinzuschreiben. Besonders wird in der Denkschrift auf das Ausstellen von Streikposten hingewiesen. Ohne diese Streikposten ist doch aber kein Streik möglich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das geschieht ohne Körperverletzung, ohne Beleidigung, so muß es auch erlaubt sein, je es wäre ein Skandal, wenn es strafbar wäre. In der Denkschrift heißt es: Da man hierbei (heim Rosenfelden) wohlweislich von der Anwendung gewaltthätiger Handlungen regelmäßig abjahl, so konnte in den jetzigen Fällen eingegriffen werden. Das ist eine wunderbare Logik und bringt die Schmerz darüber, daß nicht mehr Bestrafungen ergriffen werden konnten.

Die gesamte Arbeiterpresse ist einmüthig in der Beurteilung der Denkschrift und besonders des heuchlerischen Lattschennaterials. Ganz anders wie die Denkschrift die Zustände in Bremen und Baden schildert, lassen die Berichte der vorigen Gewerkschaften. In verschiedenen Landtagen haben unsere Parteigenossen ihre Regierungen deshalb schon zur Rede gestellt, aber nirgends konnte eine genügende Antwort gegeben werden.

Nach auf eine möchte ich eingehen: die Arbeiter werden oft wegen Unbilligkeit und Versehen, in der Erregung gefallener Meinungen bestraft. Man sollte aber in dieser Beziehung die Arbeiter nicht mit dem Maße messen, mit dem man die Angehörigen der höheren Gesellschaften mißt. Man muß aber die unter den Arbeitern — aber auch bei den Unternehmern den Arbeitern gegenüber — gewöhnliche Umgangssprache berücksichtigen um diese Dinge richtig beurteilen zu können.

Die Agitatoren.

Die Denkschrift wendet sich besonders gegen die Agitatoren. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Partei keine Anstalt, die infolge der Unvorsichtigkeit ihres abweislos geworden ist. Andere Parteien thun das auch: unter Agitatoren verstehen nicht minder ihre Verberzungen, als etwa Herr v. Wangenheim den Land der Landwirte vertritt. Herr Schömann bekommt doch auch 10000 Mark für seine Korrespondenz, für deren Aufrechterhaltung er wahrscheinlich seinem Schreiber 3000 Mark zahlt.

Die Sitzungen des Entwurfs

Welche Wirkung, denken Sie denn eigentlich, hat dieses Gezei auf die Arbeiter aus? Er regt die Geseltheit in ihren tiefsten Tiefen auf. Im Interesse der Regierung wie des Reichstages würde es sein, wenn die Vorlage so schnell wie möglich erledigt würde. Eine Kommissions-nennung ist jetzt ja ausgeschlossen; die Vorlage wird also eventl. bis zum Herbst liegen bleiben; wir würden — was es unsere heilige Pflicht ist — die Zeit auf das Allernützlichste ausnützen. Ihr Social ist also, würden Sie sich darüber nicht die Verwirrung der Entscheidung nicht. Daher thun sie am besten, der Generaldebatte unantastbar die große Bedeutung folgen zu lassen und die Vorlage in den Papier-lack zu befördern, wosin sie gehört. Wird sie aber eine ähnliche Gezei, so gerät es Deutschland zur Schande und Schmach. (Beifall, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Verhandlung wird darauf am Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

erklämpfen, so haben dadurch eine Menge kleiner Existenzen des Mittelstandes, Kaufleute, Händler ujm. Vortell; Sie also, meine Herren von der rechten Seite, die Sie ja stets behaupten, Mittelstandspolitiz zu treiben, Sie sollten gerade im Interesse der Erwerbssfähigkeit des Mittelstandes für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter eintreten. Ferner: das Interesse der Allgemeinheit verlangt die Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter. Von Jahr zu Jahr schwindet die Zahl der Unternehmer zusammen, von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Arbeiter. An dem Wohl-ergehen der zahlreichsten Klasse ist oder sollte doch Staat und Gesellschaft in erster Linie interessiert sein. Nun wird freilich gesagt, die Löhne der Arbeiter seien in der letzten Zeit gestiegen, in wie geringem Maße solches der Fall gewesen, mögen Ihnen die Berichte der wegen ihrer Arbeiterfreundlichkeit nicht gerade berühmten städtischen Gewerbeinspektoren zeigen. Ubrigens will ich die Thatsache einer geringfügigen Steigerung nicht in Abrede stellen; dieselbe geht aber wesentlich auf Ueberstunden und verstärktes Schutzen der Arbeiter im Dienste des Unternehmertums zurück.

Früher und jetzt.

Meine Herren, die preussische Regierung hat nicht immer die sozialen Anschauungen geteilt, von denen die jegige sich befeelt zeigt. Im Jahre 1866 brachte sie einen Gezentwurf ein, welcher sogar das Koalitionsverbot für die ländlichen Arbeiter aufhob — welsch einen Sturm der Entrüstung würde ein solches Ansehen heute auf der rechten Seite erregen! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Man kann nicht behaupten, daß die Koalitionsfreiheit von gleichem Wert für Arbeiter und Arbeitgeber ist. Die Motivierung des preussischen Gezentwurfes von 1866 erkannte ja auch ausdrücklich an, daß den Unternehmern 1000 Mittel und Wege zu Gebote stehen, um ein Koalitionsverbot zu umgehen. (Hört, hört! links.) Und was erleben wir denn heute? Kommen etwa die Polizeibeamten, mit deren Anwesenheit alle Arbeiterversammlungen beehrt werden, in die Versammlungen der Arbeitgeber? Unter den Augen des Herrn v. d. Rede tagt der Centralverband der deutschen Fabrikriellen in Berlin und beschäftigt sich mit hochpolitischen Fragen; die Regierung denkt nicht daran, wie es doch ihre verschuldet Pflicht und Schuldigkeit wäre (Unruhe rechts und am Bundesratsstische), den § 8 auf die Herren anzuwenden. (Zustimmung links.) Die Aushebung des § 8 ist uns von dem Herrn Reichstanzler versprochen; aber versprechen und halten ist zweierlei.

Nicht freie Arbeiter, sondern Sklaven.

Sie haben, Herr Staatssekretär, das Welche Wert cistert? Sie haben offenbar Unglück mit den Geheimräten, die Sie zum Studium des Werkes kommandiert haben; Ihre Citate beweisen das Gegenteil dessen, das Sie beweisen sollen. Wenn Sie meinen, daß Arbeiter leichtsinnig einen Streit beginnen, so irren Sie sich. Der Dylemmat, mit welchem Streiks geführt und unterstützt werden, ist des höchsten Lobes wert; er beweist, daß die Arbeiter darnach ringen, im höheren Maße, denn bisher, der Güter der Kultur teilhaftig zu werden; Ihnen freilich ist der Arbeiter am liebsten, der bedürfnislos, willig, herzu eine Schafsnatur ist. (Weiterkeit. Beifall links.) Freilich der Große soll auf seinem Sterbebette erklärt haben, er möge nicht über Sklaven herrschen; unsere heutigen Regierungen aber scheinen Sklaven als Unterthanen zu wünschen. (Zustimmung links. Zurufe rechts.) Der gegenwärtige Gezentwurf der Regierung ist viel gefährlicher, als das Begehren von 1891; er vernichtet einfach die Koalitionsfreiheit! — Daß man die schwarzen Rifen, die übrigens keineswegs nur auf Agitatoren angewandt werden, präflös läßt, ist auch für die ganze Tendenz des Gezeies bezeichnend; desgleichen die Gleichstellung der Arbeitswilligen mit den regierenden Häuptern in Bezug auf staatsanwaltschaftliche Anträge. Herr n. Kojadowitsch Behauptung, daß die Koalitionsfreiheit nicht angewandt werden solle, wird nicht verstanden, das Geschäfter der gesamten deutschen Arbeiterchaft zu erregen.

§ 153 und die Rechtsprechung.

Der Staatssekretär sagt, die Strafbestimmungen des § 153 genügen nicht. Der Beweis des Gegenteils wird uns sehr leicht. Denn was kommen außer § 153 nicht noch für andere Strafbestimmungen in Betracht bei diesen sogenannten Streikvergehen. Das sind zunächst die Strafbestimmungen über Widerstand gegen Beamte, über Körperverletzung und einfachen sowie schweren Landfriedensbruch, dann über Hausfriedensbruch, Aufzuzung zum Klassenhaß, Erpreßung, Sachbeschädigung, und wenn das alles nicht paßt, tritt noch der Große Paragraph in Aktion. Ich meine, man könnte sich mit dem begnügen, was jetzt schon Rechtens ist. (Lachen.) Was einmal bei § 153 und dem, was von ihm die Denkschrift sagt. Die Verurteilungen sollen nach ihr von 72 im Jahre 1892 bis 24 im Jahre 1897 gefolgt sein. Durch diese Steigerung soll die Notwendigkeit der Strafverschärfung bewiesen werden. Soll die Statistik aber irgend welchen Wert haben, so müssen wir auch wissen, wieviel Streiks stattgefunden haben, wieviel Arbeiter daran beteiligt gewesen sind und wie lange die Streiks gedauert haben. (Sehr richtig! links.) Nach einer Statistik, die wir angeführt haben, kommen auf 10000 Streikende 35 Verurteilungen auf Grund des Paragraphen 153. 1897 sind 24 Personen bestraft worden, davon haben aber nur 31 Strafen von längerer Dauer als einem Monat erhalten, 218 unter einem Monat. Wir können nur sagen, die Statistik ist in der leichtfertigen Weise zusammengetragen und ich kann es mir nur erklären, daß der arme Geheimrat a tout prix etwas fertigbringen mußte. (Weiterkeit.) Weiter geht hierauf dazu über, einzelne markante Urteile mitzutheilen, welche wegen Streikvergehens gegen die Arbeiter gefällt sind und hebt besonders die Urteile hervor, die wegen Erpreßung ergehen sind, wenn die Arbeiter den Fabrikanten davon unterrichtet haben, daß sie in einen Streit einzutreten beabsichtigen. (Direktor Ballestrin: wegen Drohung mit einem Streik.) Präsident Graf Ballestrin: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. (Große Heiterkeit.) Ein Arbeitgeber wollte den Streikenden von 25 auf 3 Pf. herabsetzen. Ein Arbeiter jagte ihn, dann wurde er bestraft, daß in der nächsten 4 Wochen kein Arbeiter auf den Streik kommen solle. Er wurde wegen Ermüdung mit sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenhaft bestraft. (Beifall.) Auf links: #!!!

Präsident Graf von Ballestrin:

Meine Herren! Der Ruf Hui ist unbedenklich. Das hat schon eine meiner Vorgänger gesagt. (Große Heiterkeit, viel lachen.) Ordnungsgemäß des Vorgängers Graf Ballestrin ist es heute heute. Er hat heute heute, weil Bismarck den Ritterlicher Hofmann dem Centrum an die Reichshöhe hängen wollte.)

Abg. Bebel (fortfahrend).

Das Streikpostenfachen.

Auch das Streikpostenfachen wird heute schon oft bestraft, jedoch nur bei den Arbeitern, nicht auch bei den Arbeitgeber, was das in Betrachtende konstatiert werden ist, so die Arbeiter 34 Gewerkschaften erziehen, die Unternehmer nicht ein einziges. Ueberhaupt ist das ein einziger Arbeitergebehr bestraft werden, in Abrede zu lassen freilich. Dieser hat einen anderen Arbeitgeber, der die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatte, mit Drohungen veranlaßt, die Streikposten zurückzunehmen. Die Streikpostenfachen ist ein als Grundstein zunächst überhaupt, die Ueberwachungsbehörden heute des Streikposten ein und der Arbeitgeber erhält einen Tag Gefängnis. Es kommt ja die meisten Strafen, die die Unternehmer auch jetzt ohne Ueberwachungen der Streikpostenfachen zu bekommen. Sie freilich werden mit der Härte der Strafen gegen Arbeiter durch ihre Härte, und der ganze Klassencharakter unseres Staats kommt dabei zu ganz Ausdruck.

Mit zweierlei Maß.

Was man würde werden die Arbeitswilligen behandelt. Im Jahre 1888 verurteilte das Hamburger Schöffengericht 3 Arbeiter wegen 5 Mark und einen 10 Mark Strafe, weil sie ohne Erlaubnis einen Streik ausgerufen und gewöhnlich waren. (Hört, hört! links.) Bei längerer Drohung auf der anderen Seite ist viele Monate Gefängnis verhängt worden. Der Hauptgefahr

berpflichten, eventuell das Verfahren der Haager Konferenz anzunehmen.

In Wien fanden am Sonntag vormittag 55 sozialdemokratische Protestversammlungen gegen die Gemeindevorordnung statt. Die Demonstration verlief ruhig und großartig.

In Frankreich setzt Waldeck-Rousseau seine Bemühungen fort, ein Ministerium zusammenzubringen. Bisher ist es ihm nicht gelungen. Casimir Perier, der frühere Präsident, sollte das Kriegsministerium übernehmen; er hat aber abgelehnt. Von dem Plane, den Sozialisten Millerand ins Ministerium aufzunehmen, will der hochwohlwollende Senat nichts wissen. Die Antisemiten und die anderen Anhänger des Generalstabs suchen natürlich die gegenwärtige Lage für ihre Zwecke auszunutzen. Der arg kompromittierte General Mercier hielt am Sonntag in der Vaterlandsliga eine Ansprache, worin er erklärte, er werde vor dem Kriegsgerichte in Rennes unbekümmert um die Folgen seine Aussagen machen. Er wird sich hüten, sich selber ins Zuchthaus zu bringen.

In der italienischen Deputiertenkammer ist es am Sonntag wieder zu heftigen Austritten gekommen. Die Sozialisten Ferri und Genossen bestritten, daß die Sitzung zu Recht einberufen sei, da der Schluß der letzten Sitzung ergeben habe, daß das Haus nicht beschlußfähig war. Der Präsident legt demgegenüber dar, daß die Sitzung ordnungsmäßig einberufen sei, da die Kammer in dem Augenblick, wo beschloffen wurde, am Sonntag eine Sitzung abzuhalten, beschlußfähig war. Ferri und Genossen bringen hierauf einen Antrag ein, welcher die Sitzung für illegal erklärt, und verlangen namentliche Abstimmung. Da die Abstimmung ergibt, daß die Deputierten nicht in beschlußfähiger Zahl anwesend sind, wird die Sitzung aufgehoben.

Zur Transvaalfrage hat der Führer der englischen Liberalen Campbell-Bannerman am Sonnabend in Isford (Essex) eine Beschwichtigungsrede gehalten. Er erklärte, es sei nichts geschehen, was eine kriegerische Aktion oder auch nur militärische Rüstungen Transvaal gegenüber rechtfertige. Das englische Volk wünsche nicht, das Volk von Transvaal zu demütigen. Weniger friedlich lauten Pariser Nachrichten aus Pretoria: Die Buren sind erregt, weil sie stündlich ein Ultimatum Englands an Krüger erwarten. Sollte irgend ein Memorandum an Transvaal gerichtet werden, so wird es abgelehnt und demnach der Krieg sofort entbrennen.

In den Vereinigten Staaten mehren sich die Anzeichen einer Spaltung in der republikanischen Partei, die durch die Fragen der Philippinen-Politik des Präsidenten Mac Kinley veranlaßt sei. Einer der Führer der republikanischen Partei, Whitelaw-Read, seiner Zeit Mitglied der Pariser Kommission zum Abschluß des Friedens mit Spanien, wirft Mac Kinley vor, daß er seine Verpflichtungen vernachlässige.

Parlamentarische Nachrichten.

Im Reichstag ging am Montag der Beratung der „Zuchthausvorlage“ die dritte Lesung der Verlängerung des englischen Handelsprovisoriums voraus. Der Nationalliberale Freiherr Heyl zu Herrnsheim befürwortete dabei einen von seinen Fraktionsgenossen eingebrachten Antrag, wonach die Vorlage einen Zusatz erhalten sollte dahingehend, daß die Ermächtigung nur denjenigen Gebietsteilen des britischen Reiches gegenüber gelten solle, welche Deutschland diejenigen Zollbegünstigungen einräumen, welche den Angehörigen oder Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden. Staatssekretär Graf Posadowsky hat um Ablehnung dieses Antrags. Er teilte mit, daß schon Gegenwortschläge Englands auf das deutsche Angebot bezüglich des Abschlusses eines Handelsvertrags eingegangen seien. Wenn das Haus über geneigt sei, den Antrag anzunehmen, so empfehle er Kommissionsberatung. In diesem Sinne entschied sich dann die Mehrheit. Einen unvorhergesehenen Zwischenfall provozierte der antisemitische Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg, der im Verlauf einer Rede gegen England auch auf die Samoafrage einging. Staatssekretär von Bülow machte darauf Mitteilungen über die bisherige Tätigkeit der Samoakommission, die im wesentlichen nichts Neues boten. Auch daß die verhafteten Deutschen wieder in Freiheit gesetzt worden sind, da sich ihre Unschuld vollkommen herausgestellt hat, war schon bekannt. Erst nachdem die Kommission Ruhe und Ordnung auf Samoa hergestellt habe, werde an eine Regelung der deutschen Entschädigungs-Ansprüche herangegangen werden. Die deutsche Regierung werde dabei kein Haar breit von ihren Rechten abweichen, aber auch die kühle Ruhe bewahren, mit der derartige internationale Fragen geregelt werden müßten. Lebhafter allseitiger Beifall folgte diesen Mitteilungen. Hierauf folgte die erste Beratung der „Zuchthausvorlage“.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag das Kommunalbeamtengesetz debattelos in dritter Lesung an. Der Antrag Langerhans, betreffend Aufhebung der Konsistorial-Ordnung von 1573, wurde in zweiter Lesung abgelehnt; dagegen stimmten die beiden konservativen Parteien und ein Teil der Nationalliberalen. Die konservativen Redner gegen den Antrag und der Regierungsvorleger gaben der Anschauung Ausdruck, daß ohne Entschädigung an die Kirche dem Antrag nicht stattgegeben werden könnte. Der Antrag des Grafen Kanitz, welcher eine Abänderung des Rentengüter-Gesetzes in dem Sinne bezweckt, daß die Befugnisse der Generalkommission hinsichtlich der Anstehung beschränkt und auf die Selbstverwaltungsgorgane, insbesondere den Kreis-ausschuß, übertragen werden, wurde an eine Kommission verwiesen. Das Gesamtministerium hat zu dem Antrag noch keine Stellung genommen; doch ließen die Ausführungen der Minister Freiherr v. Hammerstein und v. Miquel erkennen, daß der Antrag der Regierung keineswegs genehm ist. Schließlich wurden noch eine Anzahl Petitionen erledigt. Am Dienstag steht die Charfreitags-Vorlage auf der Tagesordnung.

Nachrichten aus Magdeburg.

Das „führende“ Organ der Nationalliberalen, die Magdeburger Zeitung, welche mit Feuerifer für die Zuchthausvorlage eintritt, während die Mehrheit der nationalliberalen Reichstagsfraktion die Zuchthausvorlage rüdweg abgelehnt hat, bringt über die letzte Sitzung des Reichstages einen Bericht wie ein Kaffeeblatt in einem hinterpomerischen Flecken: In 28 schmalpattigen Zeilen thut sie die zweifelhafte Rede unseres Genossen Hebel ab. Die Magdeburger Zeitung scheint die Blamage, die sie als „Führerin“ der Nationalliberalen erlitten, durch Unterdrückung der Neben der Gegner der Zuchthausvorlage wieder wett machen zu wollen. Dies wird der alten Lunte nicht gelingen. Es ist ja sowieso bekannt, daß ihren welfen Händen längst die Fägel der Partei entfallen sind.

Der „unparteiliche“ General-Anzeiger, der sonst jede Kneiperlei, die irgend ein Schmalzullenverein veranstaltet, eines Berichtes für würdig hält, hat es nicht für nötig gehalten, davon Notiz zu nehmen, daß die Plakate des sozialdemokratischen Vertrauensmannes in Magdeburg die zur Protest-Versammlung einladen, und die Worte enthielten: „Ein Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter“, auf polizeiliche Anordnung nicht angehängen werden dürfen. Wozu auch, weshalb soll der General-Anzeiger seinen Lesern von den Schwierigkeiten berichten, die die Sozialdemokraten in Magdeburg auf ununterbrochen zu überwinden haben? Das könnte den einen oder andern seiner Getreuen doch etwas in Erregung bringen und dies ist, besonders bei den gegenwärtigen Temperaturverhältnissen, zu vermeiden. Heute nun, teilt er seinen erkaunten Lesern ganz vermundert mit, daß in Sachsen in einer Versammlung der überwachende Beamte dem Referenten untersagt hat, in seiner Rede das Wort „Zuchthausvorlage“ zu gebrauchen, und daß in Wahren Plakate deshalb nicht angehängen werden dürfen, weil sie das Wort „Zuchthausvorlage“ enthielten. Der Bericht über ein ganz gleiches Vorkommnis in seiner aller nächsten Nähe wird aus lauter „Unparteilichkeit“ unterblieben sein.

Der Magdeburger Pferdemarkt ist heute, Dienstag, eröffnet und dauert bis einschließlich Freitag, den 23. d. M. Die Eintrittspreise betragen für den ersten Tag 1 Mark, für den zweiten und dritten Tag 50 Pfg. und für den vierten Tag 25 Pfg.

Im Circus-Sommer-Theater findet heute, Mittwoch, auf vielseitigen Wunsch nochmals eine große Familienvorstellung statt. Die Abonnenten haben gegen Ausschritt des heutigen Zeitungsbons nur 10 Pfennig nachzuzahlen. Auch in dieser Vorstellung kommt der mit so vielem Beifall aufgenommene Schwanz „Zimmer Nr. 13“ zur Aufführung.

Am Montag abend um 7 1/2 Uhr fuhr der Wirt vom City-Hotel, Namens Liebrecht, mit einem Freunde per Rad nach dem Herrenring. Einige hundert Schritt vor dem Restaurant stürzte er vom Herzschlag getroffen tot vom Rad.

Gestürzt ist der Formerlehrling E. Busse am Montag nachmittag in der Maschinenfabrik Jönig u. Sauter in Budau. Er stürzte eine Etage hoch ab und schlug mit dem Kopf zuerst auf. Schwer verletzt, besonders durch innere Verletzungen, wurde der Verunglückte von der Budauer Sanitätswache dem Krankenhause zugeführt.

Strasenferrung. Wegen städtischer Kanalbauarbeiten ist die Notekreuzstraße bis auf weiteres für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Die Witwe Marie Schrenner zu Sudenburg, geboren 1860, ist in der Zeit vom 27. Oktober 1868 bis zum 1. März d. Js. aus der Zuckerraffinerie daselbst mehrere Centner Zucker, wovon sie einen Teil an die Witwe Katharina Salowa, geboren 1848, die ihre Kinder in Pflege hatte, verschickte. Etwa 40 Centner Zucker schickte die Diebin an die Eltern des Arbeiters Hermann Pufft, geb. 1875, mit dem sie zusammen wohnte. Der Gerichtshof verurteilte die Schrenner wegen Diebstahls in wiederholten Rückfälle zu 3 Monaten 2 Wochen, die Salowa wegen Fehlerlei zu 2 Wochen und Pufft wegen Fehlerlei zu 1 Woche Gefängnis.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der vorbestrafte Arbeiter Paul Schumitz hier, geboren 1876, wegen Kuppelei zu 6 Monaten Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht verurteilt.

Nachrichten aus der Provinz.

Sitterfeld. (Untererschlagung.) Der Elektrotechniker Gumpert, Leiter der Inflationssabteilung des hiesigen Elektrizitätswerkes, wurde verhaftet. Wie verlautet, hat er Gelder in bedeutender Höhe unterschlagen; nachgewiesen sind bisher Veruntreuungen in Höhe von etwa 2000 Mark. Er ließ sich Quittungen drücken, unterschrieb sie und zog, obwohl er dazu gar nicht berechtigt war, von den Geschäftsführern die Kosten ein, die sie für die elektrischen Licht- und Kraftanlagen zu zahlen hatten.

Burg. (Submissionsblüten.) Am Sonnabend wurden die Angebote auf die Dachdeckerarbeiten zu dem hiesigen Kasernen-Neubau eröffnet. Die höchste Forderung in glasierten Falzziegeln betrug 36 480 Mark, die niedrigste 23 201 Mark, für Kiespappdach höchste Forderung 12 220 Mark, niedrigste 7141 Mark. Betreffs der Klempnerarbeit betrug die höchste Forderung etwa 27 000, die niedrigste etwa 16 000 Mk.

Halle. (Arbeiter-Sekretariat.) Das hiesige Arbeitersekretariat wird nach Beschluß der öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung, die am Sonnabend stattfand, am 15. August eröffnet werden. Die Wahl des Sekretärs findet heute (Mittwoch) statt.

Stassfurt. (Genosse Große gestorben.) Unser Parteiveteran Julius Große ist Montag nachmittag 5 1/2 Uhr am Gehirn- und Lungenschlag gestorben. Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Wasserstraße Nr. 7 statt. Zur letzten Ehre des verdienten Dahingegangenen bittet der Vertrauensmann um zahlreiche Beteiligung. Die Parteigenossen werden dem Verstorbenen, der treu im Dienste der Partei abgezeit und namentlich unter dem Ausnahmewege gewirkt hat, ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

Weiskensfeld. (Selbstmordversuch eines Kindes.) Ein Waisenkind hat sich am Freitag das Leben zu nehmen versucht. Das 12-jährige Schulmädchen Frieda Jahn stürzte sich in selbstmörderischer Absicht in die Saale, wurde jedoch von dem Schreiber Franz Söjner gerettet. Die Jahn ist bei dem Kürschner Edel, Poststraße 11, in Pflege. Sie giebt an, von der Frau Edel so mißhandelt worden zu sein, daß sie die Behandlung nicht mehr ertragen konnte und deshalb den Entschluß gefaßt habe, sich das Leben zu nehmen. Sie wurde einweilen im Waisenstift untergebracht. Gegen die Edel ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Die drohende Aussperrung der deutschen Maurer.

Ueber den Umfang des Maureraustandes in Berlin hat eine genaue Feststellung der beiden Lohnkommissionen von Sonntag früh ergeben, daß bis dahin von den 649 in Betracht kommenden Bauten 2483 Maurer auf 214 Bauten ausgesperrt waren, während 3062 Maurer auf 281 Bauten wegen Nichtbewilligung des erhöhten Stundenlohnes in den Streik traten. Die Gesamtzahl der ausgesperrten und Streikenden beträgt demnach 5545, wozu noch etwa 1000 Bauarbeiter kommen. Am Sonnabend abend arbeiteten noch 1182 Maurer zu den neuen

und 1106 Mann zu den alten Bedingungen. Noch fast unberührt geblieben von der Aussperrung sind die Zimmerer. In einer Zimmerer-Versammlung am Sonntag wurde bekannt gegeben, daß bis dahin nur ganz vereinzelt Kollegen aus Anlaß des Maurerkampfes ausgesperrt seien, daß deshalb auch noch keine Veranlassung vorliege, Streikgelber zu erheben. Verschiedene Baufirmen haben trotz ihrer Verpflichtungen dem Arbeitgeberbund gegenüber keine Aussperrungen vorgenommen.

In Sachen des Maurerstreiks erschienen am Montag auf eine Einladung des Vorsitzenden, Affessors v. Schulz, die Führer der Ausständigen vor dem Gewerbegericht. Auf die Frage, ob sie geneigt seien, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzuerkennen, erklärten sich die Vertreter der Arbeitnehmer dazu bereit, falls das Gewerbegericht das gleiche thue. Eine Veranlassung, das Gewerbegericht anzurufen, liege hingegen für die Arbeiter nicht vor. Eine Massenversammlung der Streikenden und Ausgesperrten billigte dies Verhalten und nahm den Bericht des aus den Streikkommissionen beider Richtungen zusammengesetzten Centralausschusses über die augenblickliche Situation entgegen. Darnach ist im Laufe des Tages der 65 Pfennig-Stundenlohn auf einer Reihe von Bauten, darunter auch bei drei größeren Firmen, bewilligt worden. An verschiedenen Stellen sind die Maurermeister von den eigentlichen Bauherren entlassen worden, während man den Maurern anbot, bei erhöhten Löhnen die Arbeit fortzusetzen. Die Ausgesperrten befürchten, es sei bei diesem Vorgehen nur auf eine „Schiebung“ abgesehen, um sie zur Vollaufnahme der dringlichen Arbeiten zu veranlassen. Es soll deshalb die Arbeit nur nach genauer Prüfung der Sachlage durch die Centralausschüsse wieder aufgenommen werden. Auch die Zahl der Streikenden hat am Montag eine nicht unerhebliche Vermehrung erfahren, während neue Aussperrungen, trotz der eifrigen Agitation der Arbeitgeber, nur in geringem Maße erfolgt sein sollen.

Der Arbeitgeberbund hält Dienstag eine Versammlung ab, in der das Resultat der am Montag abgehaltenen Sitzung der Vorstände der dem Innungsverbande deutscher Baugewerksmeister angehörenden Innungen (Vorsitzender Baumeister Felisch) bekannt gegeben werden soll. Auch soll — wie die Berliner Volkszeitung schreibt — ein Antrag beraten werden, der dahin geht, vom nächsten Montag ab die Aussperrung für Berlin und seine Vororte aufzuheben und die Arbeit auf allen Bauten mit Arbeitswilligen wieder aufzunehmen. Bemerkenswert ist, daß der Arbeitgeberbund auch mit den vom Ministerium protegierten Maurern des Vereins „Arbeiterschutz“ verhandelt hat, daß aber diese Verhandlungen resultatlos gewesen sind, weil auch diese Maurer 65 Pfennig Stundenlohn zc. verlangt haben.

Von dem Verhalten der Unternehmer wird es abhängen, ob der Kampf einen baldigen friedlichen Abschluß finden soll, oder ob er sich noch weiter auszuweiten wird. Die Arbeiter sind, wie immer, so auch jetzt bereit, zu unterhandeln; hätten die Unternehmer das gleiche Entgegenkommen gezeigt wie die Arbeiter, die im Frühjahr an sie herantraten, um eine Vereinbarung bezüglich der Lohnhöhe, und zwar eine solche auf 60 Pfennig pro Stunde, zu treffen, dann wäre der jetzige Kampf vermieden worden. Die deutschen Baugewerksmeister, die Montag nachmittag zu einem Kongress im Abgeordnetenhause zusammengetreten sind, werden zu dem Kampfe Stellung nehmen. Ein Bericht über die hinter verschlossenen Thüren gepflogenen Verhandlungen liegt uns zur Zeit noch nicht vor; wie die Blätter melden, soll auch die Generalaussperrung für ganz Deutschland in Erwägung gezogen werden. Diese Drohung ist, meint der Vorwärts, wohl kaum ernst zu nehmen, sollten sie sie dennoch beschließen, so würden sie ein arges Fiasco erleiden. Ueber die Drohung ist ein recht deutliches Symptom für die Herrenwillkür, für den Terrorismus der Unternehmer. Nur weil einige Hundert Berliner Maurer — denn mehr kamen nicht in Frage — Lohnforderungen gestellt, sollen Hunderttausende von Personen im ganzen Reich darunter leiden.

Aber auch gegen diejenigen ihrer eigenen Kollegen, welche gewillt sind, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, wenden sie sich; sie versuchen diesen das Baumaterial abzuschneiden, indem sie auf die Lieferanten, Steinhändler, Mörtelfabrikanten usw. einzuwirken suchen. Ist das kein Terrorismus? Werden durch dieses Vorgehen, falls es Erfolg hat, nicht Tausende an freiwilliger Arbeit gehindert? —

Kleine Chronik.

Zu der Dampferkatastrophe bei Stettin wird gemeldet: Das Gerücht, daß der Kapitän Ehrke vom Dampfer „Blitz“ verhaftet worden sei, bestätigt sich nicht. Anlaß zu demselben war der Umstand, daß der Kapitän einem längeren Verhör unterzogen wurde. — Das Dampferunglück hat, wie jetzt feststeht, 14 Opfer gefordert. Von diesen sind 13 bereits aufgefunden.

Der Dampfer „Mauritius“ aus Glasgow, welcher sich auf der Reise von Costa nach England befand, ließ in der Nacht zum Sonntag mit dem Danziger Dampfer „Artushof“, der von Hülth nach Danzig fuhr, zusammenstoßen. Mehrere Minuten nach dem Zusammenstoß sank der „Artushof“. Mehr Mann der Besatzung, darunter der erste Maschinist, sind ertrunken. Der Kapitän und sieben Mann wurden von dem „Mauritius“ aufgenommen, welcher in Freundschaft mit starken Beschädigungen am Bug eingelaufen ist. — Der Schooner „Peter“ ist bei heftigem Sturm in der Nähe der Insel Moen gekentert. Der Kapitän Lindström und ein Teil der Mannschaft sind ertrunken. — Der dänische Schooner „Mini Fischer“ ist bei Schönwalde (Schleswig-Holstein) in der Diffe gekentert. Kapitän Johansen, dessen Ehefrau und ein Kind, sowie zwei Matrosen sind ertrunken; nur der Steuermann ist zretet.

Ueber einen Eisenbahnzusammenstoß wird aus Ostpreußen gemeldet: Sonntag abend 11 Uhr sind die Züge Nr. 17 und 88 in der Weiche Nr. 2 der Haltestelle Juditten aufeinander gefahren; der Zugführer des Zuges 88 wurde an den Beinen verletzt, der Zugführer des Zuges 17 und ein Reisender des Zuges 88 haben leichte Kontusionen erlitten. Die Maschine des Zuges 17 und zwei dahinter stehende Padvagen entgleiten, die Maschine des Zuges 88 ist mit entgleist, der dahinter stehende Padvagen zertrümmert.

In einem Tunnel bei Alice Del Colle der Straße Acquì—Asti ließ am Sonnabend ein Personenzug mit einem Güterzug zusammenstoßen. Zwölf Personen wurden verletzt, unter ihnen zwei schwer.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Verwaltung Magdeburg. Festkommittel Am Donnerstag, den 22. d. M., abends 7 Uhr, Sitzung in der „Burggasse“, Tischlerstr. 28. Die Kollegen waren das letzte Mal nicht alle zur Stelle. Diesmal kommen! —
Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Übungsstunden nicht mehr freitags, sondern mittwochs abends 8 1/2 Uhr im „Weißen Hirsche“ stattfinden. —
Kommission zur Verschmelzung der hiesigen Ortskrankenkassen. Heute, Mittwoch, Sitzung in der „Burggasse“, Tischlerstr. 28. —
Mittwoch, 21. Juni:
 Arbeiter-Gesangverein Magdeburg. Jeden Mittwoch Übungsstunde bei Großthum. Sangeslustige Arbeiter werden dajelbst aufgenommen.
 Männer-Gesangverein „Einigkeit“, Magdeburg. Jeden Mittwoch Singstunde.
 Freie Gemeinde Sudenburg. Gemeinde-Versammlung abends 8 1/2 Uhr im „Deutschen Hof“, Michaelstraße 16.

Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.
Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Herber Bierhalle“, Schöningerstraße 28.
Männer-Chor „Fidelio“, Budau. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Übungsstunde in Heflers Restaurant, Dorotheenstr. 19.
Gesangverein Gemischter Chor Budau. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei G. Walzer, Klosterbergstraße 5. Aufnahme neuer Mitglieder.
Gesangverein „Männerchor“, Fernersleben. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde bei Lausch.
Männer-Gesangverein Dr. Dittersleben. Jeden Mittwoch abends Übungsstunde bei Baate.
Männer-Turnverein Lemsdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8—10 Uhr Übungsstunde.
Männer-Turnverein Weferhagen. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr, Turnstunde im „Weißen Hirsche“.
Arbeiter-Turnverein Hohendobeleben. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Übungsstunde bei Sigtus.
Neuhaldensleben Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.
Burg-Gesangverein „Vorwärts“. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr Übungsstunde bei Zesse.

Letzte Nachrichten.

Leipzig. Das Reichsgericht verwarf den Antrag auf Revision der Photographen Wille und Priester in Hamburg, sowie des Försters Spörde, die am 18. März d. J. von dem Landgericht in Altona wegen Hausfriedensbruchs, begangen durch unbefugtes Einbringen in das Sterbezimmer des Fürsten Bismarck, zu 6, bezw. 3 und 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Ferner wurde auch die vom Staatsanwalt beantragte Revision verworfen, der darüber Beschwerde geführt hatte, daß das Landgericht nicht auf Einziehung der photographischen Platten erkannt hatte. —
 Planegg. Hier fand die Einweihung der ersten bayerischen Volkshelikopter für Lungenkranke im Planegger Wald statt, für die der Schlossherr von Planegg, Baron Hirsch, 100 000 Mk. gespendet hat. Die Leitung der Anstalt liegt in den Händen der Ärzte Dr. May und Dr. Krebs, welche Bayern auch auf dem Tuberkulosekongress vertraten. —

Briefkasten.

Zwei Streifen. Zwölf bis dreizehn Tage. —



Bitte lesen!

Trotz meiner bisher schon bekannt sehr billigen Preise beabsichtige, größere neu eingetroffene Posten **Gardinen, Kleiderstoffe, Stoffe für Herren- und Knaben-Anzüge** mit einem derartig kleinen Nutzen abzugeben, um dadurch einen noch schnelleren und noch größeren Umsatz zu erzielen. Die Preise sind infolgedessen die denkbar billigsten.

Breitweg 181, I. Etage **J. Kirstein** Breitweg 181, I. Etage
 Eing. nur Himmelreichstr. **1816** Eing. nur Himmelreichstr. **Kein Laden.**

Paul Peucker

Fahrrad-Handlung

Hasselbachplatz, Ecke Lauenzienstraße

Lager von Fahrrädern

aus den renommiertesten deutschen, englischen und amerikanischen Fabriken. 1784

Billigste Bezugsquelle in Glocken, Laternen, Pumpen u. Delampfen, Acetylenlampen von Mk. 7 an, Teleskoppumpen Mk. 3. Teilszahlungen gestattet.



Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Ankaufsbüreau

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Geöffnet: Vormittags 9—1 Uhr, nachmittags 3 1/2—7 1/2 Uhr.

Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, sowie kostenlose Anskunft in Sachen der Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfahnen, Armenrecht, Mietverhältnisse, Dienstboten, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gejucht werden:

Stellmacher, Schuhmacher, Schneider, Schmiede, Tischler, Bäcker, Barbiers, Sträucher als Arbeiter, welcher in Schreinerfertigung und Logenarbeiten bewandert ist, ferner Brotbäcker, und ein Sträucher auf alle Arbeit.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.

Geöffnet: Männl. Abteilung von 7—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm. Weibl. 9—1 3—7

Telefonnummer: Rathaus Nr. 2150—2155.

Es werden gejucht:

Männliche Abteilung:

1 Barbier, 1 Tischler, 1 Maler, 2 tüchtige Schornsteinfeger, 7 jüngere Gesellen, 1 Feilgerberlehrling gegen sofortige Vergütung, 1 Hausdiener.

Weibliche Abteilung:

1 perfekte erste Subarbeiterin, Mädchen für Landarbeit sowie Dienstpersonal aller Art.

Stellung juchen:

Männliche Abteilung:

Arbeiter und Arbeiterinnen, Laufknechte, Schneider, Geiger und Musikanten, Bäcker, Bauer, u. s. w.

Weibliche Abteilung:

Tüchtige Seidenstickerinnen, Strickstickerinnen, Stickerinnen, Flegerinnen, Mädchen für alles, Frauen für alle Handarbeit.

Verein der Gast- und Schankwirte

von Magdeburg und Umgegend

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 21. Juni 1899, nachmitt. 3 Uhr beim Mitglied Robert Seemann, Rogauerstr. 80.

Achtung! Neuhaldensleben. Achtung!

Am Sonntag, den 25. Juni d. J.

findet der Männer-Turn-Verein Jahn, Neuhaldensleben statt.

16. Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Th. Zabel, „Diana-Bad“

verbunden mit Konzert und Theater.

Besonders werden wir unsere Freunde und Verwandten auf unser Festkonzert von 11—1 Uhr mittags ermahnen. Die zahlreichste Beteiligung erjucht Der Vorstand.

Feinste Sahnenbutter

täglich frisch, Käbel 8 Pf. 7.50 Mark, franko Nachnahme oder Cassaerinsand. 123 Herm. Schwanz, Ermsleben a. Harz

Sie kommen!

aus Budau, Sudenburg, Neustadt, Friedrichsstadt, Wilhelmstadt und von außerhalb, weil meine 501

Liebste

Arbeit ist, Uhren zu reparieren, welche noch nie gut gegangen sind. Neue Feder einjehen 1 Mk., Glas, Feiger Hügel oder Kapfel à 25 Pf. Wer diesen Zeitungs-Ausschnitt mitbringt, erhält alles billiger. Neue Uhren 5 Proz. Rabatt. Garantie 3 Jahre, bei

Hermann Siede, Uhrmacher, Magdeburg, Schwibbogen 1.



Waren

Möbel ohne Geld

1500 sich anzuschaffen, ist jedem reell Denkenden auf bequame Weise ermöglicht; die Firma A. Friedländer liefert einzelne Möbel, sowie ganze Ausstattungen auch auf

Teilzahlung

zu leichtesten Zahlungsbedingungen, die Preise sämtlicher Möbel, Spiegel und Polsterwaren sind die denkbar billigsten, die Bedienung streng reell und jeder Einkauf bleibt Geschäftsgeheimnis. Die Zahlungen werden ganz nach Wunsch des Käufers eingerichtet.

A. Friedländer

Jah. Otto Fietze Magdeburg, Breitweg 118. Fern- und anjprechbar finden ohne Anzahlung.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 2 Prozent Rabatt, trotz der äußerst billigen Preise.

Breitweg 89/90

kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:

Aufbaum und Birken

echte, halbbechte und imitierte

Möbel

ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete

Polsterwaren

bei 1748

Georg Mook Breitweg 89/90.

Geschäfts-Gröfning.

Eröffne mit dem heutigen Tage am Kaiser Wilhelmplatz 12 eine **Dof-, Gemüse- u. Flaschenbier-Handlung.** 514 A. Dies.



Überzeugen Sie sich, dass meine **Deutschland-Fahrräder** u. Zubehörteile die besten und dabei die allerbilligsten sind. Wiederverkäufer gesucht. Haupt-Katalog gratis & franco. August Stukendrok, Einbeck Deutschlands grösstes Special-Fahrrad-Versand-Haus.

350 Ein neuer wenig gebrauchter Kinderwagen zu verkaufen. Kapitanienstr. 16, v. II. Nur reelle Handarbeit liefert W. Kubisch, Schuhmacher, A. Neuff, Weinbergstr. 18, II. Harmonikas in allen Gröfen. Reparatur und billig. G. Reischer, Hartstraße 7.

Kaufe 1898 **junge Kanarienvögelchen** fortwährend. Söhne: Preis u. Gesangsleis. J. Tischler, Annastraße 25.

Friedrichsbad.

Bäder jeder Art.

Sonnabends 7 1/2 Uhr: **Schwimmbad mit Brausen** 10 Pfg.

* Portemonnaie mit Inhalt verloren. Abzugeben Weinbergstraße 20, I. * Tüchtige Blätterer gesucht. Frau Rischinsky, Breitweg 36, Neustadt.

Tüchtige Anlegerin

sofort gesucht in der Buchdruckerei Breitweg 116.

Mohra-Margarine

in Geschmack von feinsten Butter nicht zu unterscheiden, empfiehlt 1767

Wilhelm Stegmann, Neustadt.

* **Anst. Logis** Prälatenstraße 18, v. 4 Treppen.

* **Freundliches Logis.** Sudenburgerstraße 23, v. 4 Tr.

* Ein junger Mann kann Logis erhalten Neustadt, Hohestr. 14, bei Jahn.

Frdl. Logis Grünstraße 14a, 2 Tr.

Küchenzettel des Lehrereinen- und Damenheims. Breitweg 82, 1 Tr.

Mittwoch: Kartoffelsuppe, Brotpudding, Weinschaumsauce. Donnerstag: Legierte Suppe, Kalbsbraten, Kartoffelsalat.

Freitag: Brühsuppe mit Nudeln, Kartoffelbrot, Beifisch. Sonnabend: Bohnensuppe, Rindfleisch, Kofinenjusce, Salzkartoffeln.

Küchenzettel der Magdeburger Volksschule

Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.

Mittwoch: Kohlrisen mit Schweineschmalz

Donnerstag: Erbsensuppe mit Ribbenped.

Krankenkasse „Hilfe“

zu Berlin. Aufnahme für beiderlei Geschlecht und jeglichen Beruf. Das Krankengeld wird von 1—5 Mark pro Tag 20 bezw. 26 Wochen gezahlt. 515

Landgraf, Rechtskons., Tischlerstr. 27.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend: **Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.**

Viktoria-Theater.

Mittwoch, den 21. Juni 1899: Erstes Gastspiel der Königl. preussischer Hofschauipielerin Elsa Friedhoff vom Hoftheater in Hannover.

Fedora. Schauspiel in 4 Akten von Vict. Sardou Fedora — Elsa Friedhoff.

Cirkus-Sommer-Theater.

Heute Mittwoch: **5. Extra-Vorstellung.** — Neuer Spielplan. — Kinder in Begleitung der Eltern frei!

Mittwoch, den 21. Juni

Gegen Abgabe dieses Bous zählt man **10** auf alle nicht reservierte Plätze.

Abf. Platz 25 Pf. mehr.

Zur Massenausperrung der deutschen Maurer.

Der Bund der Unternehmer hat an die Vorstände der dem Innungsverbande deutscher Baugewerksmeister angehörenden Innungen und an die Unternehmer-Verbände für das Baugewerbe ein Rundschreiben erlassen, in dem es heißt:

„Nachdem die Bewegung zur Erlangung des Stundenlohnes von 60 Pfennig kaum beendet und dieser den Maurern allgemein zugestanden ist, erweist sich die jetzt gestellte neue Forderung geradezu als eine Herausforderung der Arbeitgeber und als eine Machtprobe der sozialdemokratischen Führer, die mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß.“

Der hiesige Arbeitgeberbund richtet deshalb an alle Kollegen im Deutschen Reiche die dringende Bitte um Unterstützung in dem schweren Kampfe, dessen Ausgang sicherlich für das ganze Baugewerbe von entscheidender Bedeutung sein wird.

Da die Arbeitnehmer in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen haben, daß alle unverheirateten Maurer sofort Berlin und dessen Vororte zu verlassen und den verheirateten Genossen ihre eventl. Arbeitsstätten zu überlassen haben, so richten wir an alle Herren Kollegen die dringende Bitte, gemäß dem Beschlusse des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister, dem sich auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angeschlossen hat, bis zur Beendigung der Arbeitseinstellung keinen aus Berlin und dessen Umgebung kommenden Maurer zu beschäftigen.“

Auch das an die Lieferanten von Baumaterial gerichtete Schreiben liegt uns vor. In diesem heißt es:

„Angesichts dieser Sachlage nimmt der Arbeitgeberbund Veranlassung, sich mit den Herren Lieferanten von Baumaterialien in Verbindung zu setzen und dieselben zu ersuchen, seine ihm aufgezwungenen Bestrebungen dahin zu unterstützen, daß dieselben während der Dauer des Ausstandes Baumaterialien weder an solche Bauunternehmer liefern, welche sich dem Arbeitgeberbunde nicht angeschlossen haben, noch auch an diejenigen Mitglieder desselben, welche dem gefassten Beschlusse nachzukommen sich tatsächlich weigern, indem sie auf ihren Bauten weiterarbeiten lassen, noch auch an Bauherren in Berlin und Umgegend unmittelbar.“

Nur vollkommene Solidarität zwischen den Unternehmern von Bauten und den Baulieferanten kann zu dem Erfolge führen, die stets wiederkehrenden ungerechtfertigten Ausschreitungen der Arbeiterschaft wirksam zu bekämpfen und wieder die früheren Zustände im Baugeschäft zu sichern, welche gleichmäßig für die Bauunternehmer und die Baulieferanten erforderlich sind, um eine zutreffende Kalkulation ihrer Arbeit und Waren, sowie einen richtigen Ueberblick über ihre Geschäftslage zu ermöglichen. Daß durch das gemeinsame Zusammenhalten dieser günstige Erfolg gesichert wird, beweist der Ausgang des Streiks der Hafnarbeiter zu Hamburg auf das schlagendste. Und deshalb giebt sich der Arbeitgeberbund der festen Hoffnung hin, auf Unterstützung der Herren Baulieferanten in diesem Kampfe rechnen zu dürfen.“

Wie diplomatisch die Unternehmer über die Thatsache hinwegtäuschen wollen, daß sie sämtliche Maurer aus-

gesperrt haben, weil auf einigen Bauten um einen Stundenlohn von 65 Pfennig gestreift wurde, obwohl nicht nur eine ganze Anzahl Maurer diese Forderung nicht erhoben, sondern auch ca. tausend Arbeitern dieser Lohn schon gezahlt wurde. „Aufgezwungene Bestrebungen“ also die Aussperrung, die den Zweck hat, die Maurer auszuhungern! Sehr schwach sind die Gründe, mit denen sie die Lieferanten gewinnen wollen, ihnen zu helfen, diejenigen Unternehmer fürre zu machen, die anständiger sind, wie der Bund. Weiter nichts als die Sicherheit der Kalkulation und einen richtigen Ueberblick über die Geschäftslage wollen sie sich erhalten. Als ob die Kalkulation etwa weniger höher wäre, wenn die Löhne pro Stunde um 5 Pfennig höher sind! Spielen doch überdies die Arbeitslöhne bei den Kosten eines Baues die geringste Rolle. Die Lieferanten dürften sich durch solche faule Gründe schwerlich ein Geschäft entgehen lassen.

Zu dem Plane der Unternehmer, die Aussperrung auf ganz Deutschland auszudehnen, schreibt das liberale Berliner Tageblatt:

Wir stehen nicht einen Augenblick an, zu erklären, daß wir in dieser geplanten Ausdehnung des Kampfes ein wahrhaft nationales Unglück erblicken würden. Eine derartige Kraftprobe seitens des Arbeitgeberbundes müßte eine Erbitterung unter der gesamten deutschen Arbeiterschaft erzeugen, die auf die Entwicklung unserer gesamten inneren Zustände nur vom übelsten Einflusse sein würde. Gerade im sozialen Kampfe, in welchem sich ohnehin schon genug schroffe Gegensätze herausbilden, sollte alles vermieden werden, was die Leidenschaften zu einer wahren Siedehitze zu steigern geeignet sein könnte. Welche Maßregel müßte aber die Gemüter der Arbeiter mehr und nachhaltiger erregen, als solch eine allgemeine Sperrverordnung?

Die Arbeitseinstellungen sind im Laufe des Sonnabend infolge des Versammlungsbeschlusses der lokalen Maurer vom Freitag sehr zahlreich erfolgt. Die Arbeit wurde überall einmütig niedergelegt. Auf mehreren Bauten wurden die Forderungen, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kam, sofort bewilligt. Verschiedene größere Firmen haben auf ihren sämtlichen Bauten nicht nur keine Aussperrungen vorgenommen, sondern auch den Stundenlohn von 65 Pf. bewilligt. Aussperrungen sind nur noch von zwei Firmen auf mehreren Bauten, darunter am Bau des Gewerkschaftshauses, vorgenommen worden. Wie dem Vorwärts zuverlässig berichtet wird, sind gestern bereits einige Bauten, wo die Arbeiter ausgesperrt bezw. die Forderungen nicht bewilligt waren, in andere Hände übergegangen, damit die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Vielfach ist den Arbeitern die Bewilligung des Stundenlohnes von 65 Pf. zum Montag versprochen worden.

Die Zahl der unverheirateten Maurer, die Berlin verlassen haben, beträgt ca. 1000. In den meisten Fällen konnte den Abreisenden sichere Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden.

In der bürgerlichen Presse wird berichtet, daß die Zahl der Ausständigen bereits 10 000 beträgt und daß neben 8000 Maurern, die Zimmerer, Glaser, Dachdecker, Puger usw. die Arbeit einstellen mußten. Diese Angaben sind unzutreffend. Bisher sind nur die eigentlichen Hilfsarbeiter der Maurer (Steiner, Mörtelträger etc.) etwa 1000 Mann durch den Ausstand in Mitleidenschaft gezogen, während die übrigen Branchen wenigstens bis jetzt noch nicht direkt an dem Kampfe beteiligt sind. Ein genaues Bild über die

Situation ergibt das Resultat der von der Lohnkommission vorgenommenen Baukontrolle. Danach wurden von den 649 in Betracht kommenden Bauten (die Vororte, wo keine Aussperrungen vorgenommen wurden, sind hierbei nicht eingeschlossen) 2483 Maurer auf 214 Bauten ausgesperrt. Auf 154 Bauten mit 1132 Maurern ist der Stundenlohn von 65 Pf. bewilligt und wird gearbeitet. Auf 281 Bauten haben 3062 Maurer die Arbeit eingestellt, während vorläufig noch 1106 Maurer auf diesen Bauten zu den alten Bedingungen arbeiten, von denen aber ein Teil die Bewilligung der Forderung zugejagt erhalten hat. —

Aus der Parteibewegung.

53 Jahre Zuchthaus. Unter dieser Ueberschrift brachte der Vorwärts einen Leitartikel, in welchem das Urteil des Dresdener Schwurgerichts in dem Öbthauer Landfriedensbruchprozesse kritisiert wurde. Die erkannten Strafen wurden als ungeheuerlich bezeichnet und die politischen Verhältnisse in Sachsen, sowie das dort übliche Vorgehen der herrschenden Klasse gegenüber der Sozialdemokratie scharf beleuchtet. Sachsen, so wurde u. a. ausgeführt, sei der klassische Boden für den Kampf zwischen Proletariat und Reaktion; kein Hauch eines freigesinnten Bürgertums sei dort zu spüren, die herrschende Klasse führe das Regiment mit Brutalität und Tücke, die unter äußerst höflicher Form verborgen werden, und dann heißt es weiter: „und wohlbekannt ist die Spruchprosa des höchsten sächsischen Gerichtshofes, der oft ohne Umschweife die Angehörigen der Arbeiterklasse als niederen Rechts erklärt habe, als andere Staatsbürger.“ — In diesen Ausführungen erblickte die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der wissenschaftlichen Rechtsbeugung und Parteilichkeit und erhob gegen den Redakteur August Jacoby Klage auf Grund der §§ 185 und 186 St.-G.-B. — Im Termin vor der IV. Strafkammer des Berliner Landgerichtes I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Denso stellte der Verteidiger Reichstagsabgeordneter Heine den Antrag, aus dem Zeitraum der letzten zehn Jahre eine Anzahl ergangener Erkenntnisse des Oberlandesgerichts Dresden zu verlesen, da daraus klipp und klar hervorgehe, daß die Schlussbemerkung des beanstandeten Artikels begründet und gerechtfertigt sei. Staatsanwalt Blaschke widersprach diesem Antrage, da ein rechtlich vielleicht ansprechbares Urteil noch keineswegs gegen den guten Glauben des Richters spreche. Der Gerichtshof beschloß indessen, dem Antrage des Verteidigers stattzugeben. Es gelangte darauf eine Anzahl Urteile des Oberlandesgerichts zu Dresden zur Verlesung, welche sozialdemokratische Angeklagte betrafen. In einem der Erkenntnisse war zum Ausdruck gebracht, daß alle Sammlungen zu sozialdemokratischen Zwecken als gemeingefährlich anzusehen seien. Hieran knüpfte der Verteidiger die Ausführung, daß die Anklagen und Bestrebungen aller politischen Parteien, soweit sie nicht gesetzwidrig seien, als gleichwertig anzusehen seien, während Staatsanwalt Blaschke für die Unanfechtbarkeit der Dresdener Erkenntnisse eintrat. Die Erkenntnisse des Oberlandesgerichts — so behauptete der Staatsanwalt — zeigten ganz klar, daß die betr. Personen nicht bestraft worden, weil sie Sozialdemokraten seien, sondern weil die Umstände des konkreten Einzelfalles die Strafbarkeit der unter Anklage gestellten Handlungen ergaben. In jedes einzelne der verlesenen Urteile knüpfte der Verteidiger längere Ausführungen, die darauf

Feuilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(17. Fortsetzung.)

VI.

„Er wird sie heiraten!“ Es ist in unserer Gesellschaft das Zauberwort, das alles entscheidet, alles löst, alles ausgleicht, das jeden Strupel beseitigt und die kühnsten Illusionen in Permanenz erklärt.

Sind sie doch die notwendigste Voraussetzung bei einem Bunde, den zwei Menschen auf Lebenszeit zu schließen im Begriffe stehen.

„Er wird sie heiraten!“ Es war das geflügelte Wort, das aus dem Röderschen Hause auf die Gasse getragen wurde und die Nachbarschaft in nicht geringe Verwunderung versetzte.

„Da macht doch auch einmal ein armes Mädchen sein Glück,“ hieß es, und da war niemand, der den froherregten Eltern nicht dazu gratuliert hätte.

Die Hochzeit sollte nach einigen Wochen stattfinden. Doktor Hartmann hatte nicht die Absicht, zu warten, bis eine Stadtwohnung gemietet und möbliert werde, das konnte während der Sommermonate geschehen.

Er gedachte einen Urlaub zu nehmen und die Flitterwochen in seiner Villa in St. Agath zu verbringen, die er von seiner Tante geerbt hatte.

Eine Idylle wollte er sich schaffen, ganz seinem Ideal entsprechend, in der ihn niemand stören sollte, und er hatte seine Anordnungen so rasch betrieben, daß das reizende Nest alsbald zur Aufnahme des jungen Paares bereit stand.

„Daß ers gar so treibt,“ jammerte heuchlerisch Frau Röder, während ihr Gesicht vor mütterlicher Eitelkeit strahlte, „es wird sie ihm keiner mehr wegnehmen, aber seine Ungeduld bringt uns ganz außer Atem und die Lene weiß bei der Hebe nicht mehr, wie ihr geschieht.“

So war es auch. Für sie war das alles zu plötzlich und unvermittelt gekommen.

Gleich bei ihrer zweiten Zusammenkunft hatte ihr Erich von seiner Liebe gesprochen und sie gefragt, ob sie nicht seine Frau werden wolle.

Ein jäher Schreck hatte sie überfallen und förmlich gelähmt, so daß sie auch nicht ein Wort hervorzustammeln vermochte.

Er wartete auch gar nicht darauf. Es war ihm so selbstverständlich, daß sie ihn nehmen würde, und so sprach er denn in herabder Weise von dem schönen, dauernden Glück, das er ihr an seiner Seite bereiten wolle.

Sie zwang sich, ihn zu verstehen, ohne den Mut zu finden, ihn anzusehen, und vor dem Dränger erbeugend und selbst gedrängt von dem Aufruhr in ihrem Innern, stimmte sie seinen Ausführungen zu und stammelte in Absätzen, ohne zu wissen, was sie thue und was sie sagte, immer nur: „Ja — ja — ja!“

So war sie seine Braut geworden und mit der Siegesfreudigkeit des Eroberers war er daran gegangen, die Eroberte nach seinem Geschmack umzumodeln, sie für seine Wünsche zu erziehen.

Es erschien ihm ungemein leicht. „Die Lene giebt keine Rätsel auf,“ sagte er lächelnd zu Papa Röder, „die ist noch weich und durchsichtig, wie eine Qualle. Es ist lustig, wie man ihr jede Regung vom Gesicht ablesen kann, sie ist gar nicht imstande, sich zu verstellen, ich wette, die besitzt auch nicht das geringste diplomatische Talent, das ist eigentlich unweiblich.“

Er war indes mit dieser Unfertigkeit ganz zufrieden und dachte nicht im entferntesten daran, daß diese rückhaltlose Offenheit, dieses Bedürfnis, wahr zu sein, weil man alle anderen für wahr hält, selbst schon Eigenart und Charakter verrate.

„Die wird so denken und fühlen, wie ich es wünsche und erwarre,“ und damit schien ihm sein Glück und das ihre vollständig gesichert.

Es galt jetzt nur ihre Gewohnheiten umzugestalten, die mit den seinen allerdings in keinem Punkt überstimmten, und ihre lächerlich beiseitigen gesellschaftlichen Anschauungen, ihre manchmal geradezu proletarischen Empfindungen auf ein höheres Niveau zu heben. Es beschäftigte ihn auf das Angenehmste.

Er konnte in seiner ganzen Ueberlegenheit und stets als der Gebende auftreten, als der Beglückende.

Es beglückte ihn selbst, ja er fühlte sich mitunter ganz übermütig; er merkte es auch, daß er alle bezauberte, und daß man ihn im Hause Röder, wie überall, für den besten, den schönsten, den liebenswürdigsten Menschen unter der Sonne hielt. Er selbst hielt sich heischender Weise nur für den größten Idealisten, der bereit war, seiner Liebe zu einem armen, einfachen Mädchen die unglaublichsten Opfer zu bringen.

Wie Konrad über das Ereignis dachte, erfuhr niemand. Er hatte in diesen Tagen, wie es nun öfter geschah, eine Agitationsreise in Parteiangelegenheiten unternommen, und als er zurückkam, war Lenes Brautchaft ein fait accompli, mit dem ihn Mama Röder zuerst überraschte. Sie hatte so eine Ahnung, daß er die Lene gern habe, und es that ihrem mütterlichen Herzen wohl, ihn ein wenig dafür zu strafen, daß er nicht einmal ihr gegenüber sich zu dieser Neigung bekannt hatte.

Er hatte auch seine Augen nicht wenig aufgerissen; ja, sie glaubte bemerkt zu haben, daß er die Farbe wechselte, aber er hatte kein Wort gesagt, auch nicht ihrem Manne gegenüber, der mit Konrad überhaupt jetzt viel seltener zusammenkam.

Es war ihr ganz recht. Die Leute sprachen jetzt ganz offen davon, daß der Konrad ein Sozialdemokrat sei, der in die Versammlung ginge, und wenn sie auch nach wie vor mit Frau Ebner gute Nachbarschaft halten wollte, weil sich für die ganze Familie daraus so viele Vorteile ergaben, ihr Mann, ein Staatsbeamter, mußte in seinem Verkehr vorsichtiger sein. (Fortsetzung folgt.)

hinausliefern: In Sachsen würden Sozialdemokraten gegenüber — und zwar wesentlich mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Gesinnung der Angeklagten — Dinge für straflos erklärt, die gegenüber Mitgliedern anderer Parteien straflos seien und daß in den Urteilen eine deutlich erkennbare politische Voreingenommenheit zum Ausdruck komme. Der Staatsanwalt trat in jedem einzelnen Punkte der Beweisführung des Verteidigers als unzutreffend entgegen und beantragte schließlich die Verurteilung des Angeklagten. Es handelte sich nicht nur um den einen Passus, sondern um den ganzen Artikel, der nur die Auslegung zulasse, daß auch das Oberlandesgericht in Dresden zu den Faktoren gerechnet werden solle, mit denen die Reaktion und die herrschende Klasse in Sachsen ihre angeblichen Brutalitäten und Tücken ausübe. Dem obersten sächsischen Gerichtshofe werde der Vorwurf gemacht, bewußt parteiisch gehandelt und bewußt einer den Arbeitern ungünstigen Rechtsanschauung gehuligt zu haben, während die Erkenntnisse gerade von außerordentlicher Sachlichkeit und juristischer Schärfe zeugen. Wegen der Schwere der Beleidigungen beantrage er **6 Monate Gefängnis**. — Rechtsanwalt Heine bestritt die Wichtigkeit der staatsanwaltschaftlichen Auslegung des Artikels. Da dem Angeklagten der § 193 zur Seite stehe, so beantrage er dessen Freisprechung, eventuell aber nur eine ganz geringe Geldstrafe. — Der Gerichtshof las aus dem Artikel nicht heraus, daß die Rechtssprechung des sächsischen Oberlandesgerichts in unmittelbarer Verbindung mit den Maßnahmen der Reaktion gebracht werden sollte. Es könne sich daher nur um den (oben mitgeteilten) Schluppassus handeln. Der Angeklagte habe nun den Wahrheitsbeweis durch Vorlegung einer Anzahl von Urteilen des Oberlandesgerichts zu Dresden angetreten und nach Ansicht des Gerichts sei dieser **Wahrheitsbeweis bezüglich dreier Urteile gelungen**: in dem einen Urteil handelt es sich um die Verurteilung eines sozialdemokratischen Flugblattes, in dem zweiten um die Boykottierung eines Wirtes seitens der Sozialdemokraten, in dem dritten um eine Sammlung zu sozialdemokratischen Zwecken. Daraus ergebe sich allerdings die Wichtigkeit der Behauptung des Angeklagten, daß das Oberlandesgericht in Dresden „oft und ohne Umschweife die Sozialdemokraten als mindereren Rechts erklärt habe“. Angesichts dieses gelungenen Wahrheitsbeweises mußte die **Freisprechung des Angeklagten erfolgen**. —

Vom Reichsgericht ist die Revision des Redakteurs der Frankfurter Volksstimme, unseres Genossen Dr. M. Duard, gegen das ihn zu vier Monaten Gefängnis wegen **Majestätsbeleidigung** verurteilende Erkenntnis des Frankfurter Landgerichts verworfen worden. Bekanntlich ist die Majestätsbeleidigung in Ausführungen eines Artikels über die Thronrede zur Eröffnung des Reichstags erblich worden) wobei das Landgericht die Thronrede als persönliche Meinungsäußerung des Kaisers interpretierte. Diese Interpretation, deren Unhaltbarkeit wir nachgewiesen haben, wurde vom Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Löwenthal in Frankfurt, vor dem Reichsgericht mit folgenden Ausführungen bekämpft: „Für die Thronrede trägt der Reichskanzler die Verantwortung, der sie für alle Regierungsakte trägt. Jede Kritik der Thronrede richtet sich also nur gegen den Reichskanzler. Der Kaiser ist lediglich das Organ der verbündeten Regierungen; er kann kein Veto einlegen und nicht seinen persönlichen Willen durchsetzen.“ — Der Reichsanwalt führte darauf folgendes aus: Der Kaiser hat das Recht, den Reichstag zu eröffnen und die Thronrede muß die Meinung der Regierungen zum Ausdruck bringen. Der Gerichtshof hat aber festgestellt, daß die vom Angeklagten kritisierte Meinung die persönliche Meinung des Kaisers war. Gemäß dem Antrage des Reichsanwaltes verwarf hierauf das Reichsgericht die Revision. — So der Verlauf der reichsgerichtlichen Verhandlung. Er muß ebenso großes Verwundern hervorrufen, wie die Frankfurter Entscheidung selbst; denn er zeigt einen unzulässigen Widerspruch. Die Ausführungen des Reichsanwaltes behaupten nämlich ganz offenbar eine direkte Dekavonierung der Frankfurter Gerichtsentscheidung, da sie betonen, daß die Thronrede die Meinung der Regierungen zum Ausdruck bringen „muß“, das heißt also bedeuten, daß sie keineswegs als eine persönliche Meinungsäußerung des Kaisers angesehen werden darf. Damit wird unzweifelhaft die Begründung des Frankfurter Urteils für rechtsirrtümlich erklärt, denn diese basierte auf der umgekehrten Anschauung. Trotzdem aber wird das vom Reichsanwalt als rechtsirrtümlich erachtete Urteil aufrecht erhalten: weil hier eine „Feststellung“ des Frankfurter Gerichts vorgelegen haben soll. Das Reichsgericht sagt also die falsche juristische Deduktion als eine tatsächliche Feststellung auf, die nicht der Revision unterliegt. Das verstahe, was kann! Die Frankfurter Gerichtsentscheidung hat keine Thatsache festgestellt, sondern sogar ausdrücklich zugestanden, daß die Person des Kaisers unerwähnt gelassen sei. Das erste Gericht ist lediglich auf Grund einer faktischen Deduktion, die der Verfassung widerspricht, zur Verurteilung gelangt. Wird diese Deduktion zurückgewiesen, so ist doch ganz offenbar auch die Verurteilung selbst nicht anstandslos zu erhalten. Daß das Reichsgericht diese Konsequenz nicht gezogen hat, wird man allerdings verstehen. Seine Entscheidung mag eine befehlige Verlesung des Reichsgesetzes zur Folge haben. —

Sozialdemokraten, die zum Klassenhass gegen die Juden aufreizen, das ist eine Erfindung, die der Sachjenseher sicher eine ungemessene Freude bereiten wird. Und die Freude wird doppelt sein, da sie sie mit uns teilen darf. Denn auch wir sind aufs höchste erregt von der Meldung, daß Genosse Feldmann in Oberlangensleben, Redakteur des Proletarier, Gegenstand eines Strafverfahrens wegen Aufreizung zum Klassenhass geworden ist. Er hat nämlich in seinem Blatte einen Bericht über den Prozeß gegen den „Dresdener Grafen“ gebracht und dabei natürlich auch dessen lebenswichtige Anschuldigungen gegen Juden und Sozialdemokraten, mit den nötigen Glorien versehen, wiedergegeben. Deswegen das Strafverfahren. Es ist ein gar fetter Geruch, einen sozialdemokratischen Redakteur

angeflagt zu sehen wegen Aufreizung zum Klassenhass gegen Juden und Sozialdemokraten. —

Noch ein sozialdemokratischer Innungs- vorstand. Die Weberinnung in Neustadt (Ober- schlesien) hat nunmehr einen Vorstand erhalten, der in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, eine Thatsache, die man schon seit einer Reihe von Jahren immer näher kommen sah. In der am 11. Juni stattgefundenen Generalversammlung wurde zwar der frühere Obermeister Kretschmer mit 26 Stimmen noch einmal beibehalten, als zweiter Obermeister und zu Schriftführern aber wurden die Genossen Nieder, Hirschmeier und Berger, die früher zum Teil als notorische Sozialdemokraten aus der Innung verbannt waren, gewählt. Die Wahl der Kassierer fiel auf Kothe und Wenzel. Dabei hat es noch große Anstrengungen gemacht, den ersten Obermeister auf seinem Platze zu erhalten. —

Der konfiszirte Mommjen.

Vor einem Wiener Einspruchsenat, dem Landesgerichtsrat Dr. v. Holzinger präsiidierte, wurde Donnerstag darüber verhandelt, ob die Konfiskation der Arbeiter-Zeitung vom 7. Mai gesetzlich war oder nicht. Infolge dieser Konfiskation ist die „Römische Geschichte“ von Mommjen heute eine in Oesterreich verbotene Druckschrift, denn ein Citat aus diesem Werke fiel ihr zum Opfer, und nach dem § 24 des Press-Gesetzes erstreckt sich natürlich das Verbot auf jede Druckschrift, die dieses Citat enthält, also auch auf das Original. Die Verhandlung gewann dadurch großes allgemeines Interesse. Dr. v. B o b i e s, der Staatsanwalt, jagte in Begründung der Konfiskation folgendes: Ich verahre mich vor allem gegen die Unterstellung, als ob es mir je eingefallen wäre, an Mommjen Censur zu üben. Er steht zu hoch für meine Censur. Aber hier ist M o m m j e n b l o ß die M a s k e, aus der das wohlvertraute Gesicht der Arbeiter-Zeitung hervorlugt, von der wir wissen, daß ihr Exkurs in das Gebiet des § 300 näher liegen, als Exkurse in das Gebiet der römischen Geschichte. Nicht die Worte Mommjens bilden den strafbaren Thatsbestand, sondern ihr M i ß b r a u c h zu ephemeren Zwecken. Die Arbeiter-Zeitung dient einer Partei, wo es sonst Gepflogenheit ist, für das, was man gethan hat, einzustehen. Nur gegen den Staatsanwalt glauben die Herren sich alles erlauben zu dürfen. Es ist, als ob es den Herren Vergnügen machte, dem Staatsanwalt Schwierigkeiten und Verlegenheiten zu bereiten.

Redakteur Genosse Austerlich führte, so schreibt unser Bruderblatt, die Wiener Arbeiter-Zeitung, als Einspruchsvertreter u. a. folgendes aus:

Daß diese Konfiskation trotz des Kompliments, das der Staatsanwalt der Autorität Mommjens macht, ihm keine Lorbeeren bringt, ist sicher. Sie hat im Lande Aufsehen erregt, und Mommjen selbst hat sich in einer für den Staatsanwalt keineswegs schmeichelhaften Weise darüber geäußert. Daß er davon Kenntnis erhalte, dafür haben wir gesorgt, denn wenn man schon in Oesterreich solche Dinge nicht citieren darf, so wollen wir das vor der großen europäischen Öffentlichkeit nicht verbergen. Wenn der Staatsanwalt nun Mommjens Werke nicht nach dem § 24 des Press-Gesetzes behandeln will, so thut er etwas, was mit der Substanz des Obersten Gerichtshofes in Widerspruch steht. Der Herr Staatsanwalt handelt da nicht nach dem Gesetze, sondern nach den Geboten seiner Schamhaftigkeit. Ein Citat aus Mommjen konfiszieren — ja; aber das Odium dieser Konfiskation auf sich zu laden, das möchte er wieder vermeiden. Unser „Sonntagefühl“, von dem der Staatsanwalt sprach — das „Sonntagefühl“ nämlich, am Sonntag konfiszirt zu werden und großen materiellen Schaden zu haben — ist ein außerordentlich geringes. Das haben wir gewiß nicht provozieren wollen, und wenn das Citat ins Blatt kam, so geschah es nicht deshalb, weil wir den Staatsanwalt auf die Probe stellen, sondern weil wir unseren Lesern eine geschichtliche Lehre bieten wollten.

Wenn der Staatsanwalt meint, daß es uns an Mut fehlt, gerade in diesen Fällen für unsere Thaten einzustehen, so erkläre ich, daß ich selbst es bin, der das Citat zum Druck befördert hat. Er möge mich dafür zur Verantwortung ziehen, nicht aber etwas objektivieren, was objektiv keinen strafbaren Thatsbestand enthält. Welche journalistischen Gründe ich für den Abdruck dieser Stelle gehabt haben mag, geht das Gericht nichts an. Nicht was ich gewollt, sondern was ich gethan habe, ist Gegenstand der Substanz. Sonst wäre die Fajst auf dem Rücken jenes russischen Polizisten der Anekdote, der einen Mann festnahm, weil er in der Nähe eines Staatsgebäudes das Wort „Dummkopf“ gemurmelt hatte. „Ich weiß schon, wen Du gemeint hast,“ jagte da der arretierende Polizist. So jagt auch der Staatsanwalt: „Du kennst niemand anderes gemeint haben als den Grafen Thun, obwohl die Gehörlosenassoziation durch nichts hergeleitet ist als vielleicht durch das Urteil des Lesers. Was ich aber der Leser denken kann, oder auch was ich mir gedacht habe, als ich das Citat zum Druck beförderte, das begründet keine Schuld, denn wir haben in Oesterreich keinen Dolus eventualis. Wenn wir ihn aber hätten, wäre ich subjektiv zu verfolgen, aber nicht ein Citat ganz allgemeinen Inhalts zu objektivieren. Eine Aufreizung gegen unfähige Regierungen im allgemeinen ist nicht strafbar, nur die dergestaltige Regierung ist durch den § 300 geschützt. Das Citat hat eine allgemeine geschichtliche Lehre und kann auch mit Bezug auf die gegenwärtige Regierung höchstens als eine Warnung aufgefaßt werden. Selbst wenn die Beziehung auf die gegenwärtige Regierung evident wäre, kann es doch nicht verboten sein, davon zu sprechen, was geschehen mußte, wenn sich die Regierung als unfähig erweisen würde. Wenn wir mit der Regierung abzurechnen haben, brauchen wir Mommjen nicht vorgelassen. Was wir dem Ministerium Thun im Interesse des Vaterlandes zu sagen haben, das sagen wir ebenfalls, und wir der Staatsanwalt befehligen wird, so einbringlich, daß man es nicht widerlegen kann. Daß dieser befehligen Anstrengungen erkannte der Gerichtshof, daß dem Einspruch nicht stattzugeben

sei, und die „Römische Geschichte“ Mommjens bleibt sohin eine verbotene Druckschrift, woran auch die tiefe Reuerenz nichts ändert, die der Staatsanwalt der wissenschaftlichen Autorität des Gelehrten machte.

Die Begründung sagt folgendes: Die Bezeugung des Citats zur gegenwärtigen Regierung ergiebt sich vor allem daraus, daß es im politischen Teil steht, wodurch es seinen harmlosen Charakter verliert. Ein solcher literarisch-historischer Beitrag könnte seinen Charakter nur im Feuilleton einer so eminent politischen Zeitung, wie es die Arbeiter-Zeitung ist, erhalten. Das Citat steht außerdem unter einem Titel, den am Tage vorher ein gegen die Regierung Thun gerichteter Artikel trug. Es ist daher nur die Auffassung möglich, daß das Citat als eine Fortsetzung dieses Artikels gedacht ist.

Gegen diese Entscheidung wurde die Beschwerde an das Oberlandesgericht erhoben. —

Der Massenprotest der Arbeiter gegen die Zuchthausvorlage.

Die Protestbewegung gegen die Zuchthausvorlage erfaßt die Arbeiter des ganzen Reiches und Berichte über Versammlungen, in denen die Empörung in hellen Flammen auflodert, laufen fortwährend ein. So liegen wieder Berichte vor aus Romawas, Torgelow, Forst i. L. (zwei Versammlungen), Königsberg, Gaarden, Ueterfen, Dessau (Gewerkvereiner) und Eisenach. Ueber eine ganze Anzahl Versammlungen in kleineren Orten Bayerns berichtet die bayrische Presse. In Breslau wird ein Flugblatt verbreitet und für Schlesien, speziell Breslauer Bezirk, werden 16 Versammlungen für die nächsten Tage angekündigt. In Dresden fand eine Protestversammlung der Steinarbeiter für Dresden und Umgegend statt, zu der allein aus Pirna 350 Steinarbeiter per Bahn ankamen. —

Parlamentarische Nachrichten.

Die **Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages** hat am Donnerstag ihre letzte Sitzung in dieser Session abgehalten. In derselben wurden die schriftlichen Berichte über die Wahlen der Abgeordneten Smalathys (Memel-Heydekrug), v. Kardorff (Wels-Wartenberg) und Brobeck (Ehlingen) festgestellt. Der Kommission haben im ganzen 83 Wahlproteste vorgelegen. Davon sind erledigt durch Gültigkeitserklärung der Wahlen 43, über 22 Wahlen ist die Entscheidung ausgesetzt und sind Erhebungen beschlossen, drei Mandate sind kassiert: Berlin II, achter sächsischer Wahlkreis (Pirna) und fünfter württembergischer Kreis (Ehlingen). Ueber vierzehn Proteste hat die Kommission noch nicht verhandelt. Eine Wahl, die die Grafen von Dohna-Friedrichstein, welche die Kommission für gültig erklärt hatte, ist vom Plenum wieder an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen worden. Von den 83 Protesten richteten sich 29 gegen konservative, 22 gegen nationalalliberale, 10 gegen sogenannte „wilde“, 8 gegen centrum-, je 5 gegen freisinnige und freisinnige Vereinigung, 2 gegen sozialdemokratische, je 1 gegen antisemitische und volksparteiliche Mandate. Nicht verhandelt sind die Proteste gegen die Wahlen der Abgeordneten Götz von Olenhufen (Göttingen); Baron de Schmid (Saargemünd); Schulze (Hamm-Soest); Sieg (Grauburg); Holz (Saarbrücken); Graf von Dönhoff-Friedrichstein (Landkreis Königsberg); Grafmann (Thorn); Haacke (Frankfurt a. D.); Hänel (Stiel); Graf Magnis (Reichenbach); Müller (Duisburg); Wädicke (Zilsit-Niederung); von Stumm (Ottweiler); Will (Eöslin); Zwick (Berlin V). Im Verhältnis zu früheren Legislaturperioden sind die Wahlprüfungen diesmal weit vorgeschritten und ist anzunehmen, daß dieselben bei der nächsten Tagung des Reichstages zum Abschluß gebracht werden. —

Gerichtliche Urteile.

Gewerbegericht Magdeburg.

Lohn verweigert. Der Arbeiter H. verlangt von den Schachtmeister Körtge 14.70 Mark Restlohn. Der Beklagte bestreitet die Forderung und behauptet, den Kläger gar nicht beschäftigt zu haben. Der Kläger erwidert ihm, daß er von seinem Neffen, dem Arbeiter Schmidt für seine Arbeiten angenommen sei. Der Beklagte erklärte den Schmidt als Arbeitgeber und dieser giebt dies auch während der Verhandlung zu. Schmidt erkennt die Klage als gegen sich gerichtet an und zahlt an den Kläger im Vergleichswege 12 Mark. —

Eutschädigung von 21 Mark für Kost und Logis verlangt die Kassiererinnen M. von dem Restaurateur Soburg. Die Klägerin erhielt von dem Beklagten, da sie von diesem ohne Kündigung entlassen war, 30 Mark Lohnentschädigung statt 20 Mark ausgezahlt. Außerdem wurde ihr freie Kost und Wohnung während der Dauer der gesetzlichen Kündigungsfrist zugesichert, ohne daß sie zum Arbeiten gezwungen werden sollte. Die Klägerin bestreitet das und behauptet, ihr wäre Hausarbeit, die sie nicht zu machen brauche, angeboten, deshalb sei sie fortgezogen. Der Zeuge, Geschäftsführer Laue, bestätigt die Aussage des Beklagten und bemerkt, daß die Klägerin mit Kosten vorstanden habe. So habe sie mehreren Kellnern je 10 Mark Marken mehr gegeben, als sie angegeben habe, und da die Kellner darauf ausgehen, einen ungerechtfertigten Profit zu machen, sei die Unaufmerksamkeit der Klägerin nicht zu entschuldigen. Die Klägerin wurde mit ihrer Forderung abgewiesen, da ihr Kost und Logis ohne Gegenleistung zugesichert war. —

28 Wochen Invalidegeld wurden dem Arbeitssuchenden Gr. von dem Schmiedemeister Beischel im Betrage von 2.36 Mark auf einmal abgezogen. Nachdem der Vorsitzende den Beklagten auf das Unstatthafte seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht hatte, erkannte der Beklagte die Forderung an. —

Accordlohn gekürzt. Die Arbeiter J. und M. verdienen bei dem Biegeleibehrer Quensell zu viel. Letzterer sah sich deshalb nach Beendigung des Accordes genötigt, Abzüge zu machen. Die Kläger ließen sich das aber nicht so ohne weiteres gefallen und verlangten, da Beklagter die Auszahlung verweigert 10,15 Mark und 9,35 Mark Restlohn. In der Verhandlung einigen sich beide Parteien auf 5 Mark, die Beklagter zu zahlen hat.

Dem Arbeiter B. wurde für den Himmelfahrtstag der Lohn mit 2,75 Mk. abgezogen und da er solchen Abzug bei einem vereinbarten Wochenlohn nicht für berechtigt hält, auch eine Vereinbarung, welche die Bezahlung der Feiertage ausschließt, nicht getroffen ist, verlangt er diesen Betrag von dem Kaufmann Trautmann ausbezahlt. Der Beklagte behauptet ausdrücklich bemerkt zu haben, daß Feiertage nicht bezahlt werden. Diese Behauptung wird von mehreren Zeugen bestätigt und der Kläger daraufhin abgewiesen.

Vermischte Nachrichten.

Die erste Röntgen-Photographie des Magens am lebenden Menschen wurde der Académie de Médecine in Paris gelegentlich der letzten Sitzung vorgelegt. Es ist bisher unmöglich gewesen, eine solche zu erhalten, da der Magen im allgemeinen für die Röntgenstrahlen durchlässig ist und sich außerdem im Zustande der Rückkehr hinter den benachbarten Organen verbirgt. Man hat allerdings versucht, diesem Umstande auf verschiedenen Wegen abzuwehren, indem man die betreffende Person zum Beispiel große Mengen von Selterwasser trinken ließ oder indem man den Magen in nützlichem Zustande vermittelst einer Sonde aufblies, bis er seine ganze Größe erreicht hatte. Letzteres Verfahren ist natürlich nicht für jedermann und namentlich nicht für einen empfindlichen Kranken, auf dessen Untersuchung es doch in erster Linie ankommt. Fournelle de Courmelles hat sich des schon einmal bei kleinen Tieren angewandten Hilfsmittels bedient, eine für die Röntgenstrahlen undurchlässige Substanz in Gestalt von unterphosphorigsaurem Wismut in den Magen einzuführen. Er gab einem Patienten nach dem Mittagessen 10 Gramm dieses Stoffes, die in Confituren verborgen waren, zu schlucken und versuchte nach etwa halbstündiger Ruhe den Magen des Patienten mit Röntgenstrahlen aufzunehmen. Nach einem einmaligen Fehlschlag gelang der Versuch, und Courmelles erhielt auf diesem Wege die erste Radiographie des Magens von einem lebenden Menschen, die bisher überhaupt genommen wurde. Die Aufnahme dauerte 5 Minuten. Die Umrisse des Magens sind auf dem Bilde freilich noch nicht in vollkommen befriedigender Schärfe zu erkennen.

Um wieviel wachsen unsere Haare täglich? Ueber diesen Vorgang hatte man bisher nur ungenaue Vorstellungen. Vor Jahrzehnten hatte ein Beobachter die täglich abgerasterten Bartstoppeln gemessen und hiernach das tägliche Wachstum auf eine halbe Linie berechnet. Diese in Johannes Müller's Archiv veröffentlichte Mitteilung hatte man dann als allgemein gültig für das menschliche Haar angenommen und das Wachstum des Kopshaars sonach auf mehr als 30 Millimeter den Monat tagiert. Dieses Längenmaß übertrifft das wirkliche Wachstum um mehr als das Doppelte. Nach genaueren Untersuchungen, die Pohl (Pincus) jüngst über diesen Gegenstand veröffentlicht hat (in den Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft, läßt sich ein so allgemein gültiges Maß überhaupt nicht angeben. Die Wachstumsgeschwindigkeit der Haare gesunder Menschen ist in verschiedenen Lebensaltern verschieden und steht auch bis zu einem gewissen Grade unter dem periodischen Einfluß der Jahreszeit, ein Einfluß, der ja das gesamte Haarwachstum und den Haarwechsel der Tiere regelt. Ferner haben die Mandstreifen des Kopshaars, Schläfen und Nacken eine geringere Wachstumsgeschwindigkeit als die übrigen Partien. An diesen Stellen ist auch die typische Länge — das ist diejenige Länge, welche das Haar erreicht, wenn es nicht vor Vollendung seines Lebenslaufs abgeschnitten wird — erheblich geringer. Schließlich zeigte die genaue Beobachtung, daß selbst Haare, welche dicht neben einander stehen, verschieden schnell wachsen. Die Erklärung dieser Erscheinung gab interessante Aufschlüsse: je 2—4 benachbarte Haare stehen in engerem anatomischen Zusammenhang und in einer derartigen Abhängigkeit von einander, daß immer ein Haar der Gruppe schneller wächst als die übrigen, doch nur eine Zeit lang, daß dann auf ein anderes Haar die größte Wachstumsgeschwindigkeit übergeht und so fort, bis das erste wieder an die Reihe kommt. Nach diesem Plan ist auch das Ausfallen und der Ersatz der Haare alternierend angelegt, so daß niemals sichtbarbare kahle Flecken im Haarfeld entstehen könnten. Nach Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse ergaben nun die Messungen ein Mittelmaß, welches für das 11. bis 17. Lebensjahr durchschnittlich 12,2 mm pro Monat, für das 20. bis 24. Lebensjahr 15 mm, für das 60. Lebensjahr 11 mm beträgt. Die genaue Prüfung ergab ferner, daß entgegen der allgemeinen Annahme, daß Kurzschneiden die Wachstumsgeschwindigkeit keineswegs vermehre, daß Raschschneiden oder Rasieren sie vielmehr für etwa vier Wochen vermindert. Erwähnt sei noch, daß vom Vorhaar auf das Haupthaar überhaupt keinerlei Analogie zulässig ist; Bau und Dicke beider Haararten sind wesentlich verschieden. Nach diesen Mitteilungen braucht kaum gesagt zu werden, daß auch Krankheit, örtliche wie allgemeine, die Schnelligkeit des Haarwachstums beeinflussen wird. Das Haar ist eben mit den individuellen physiologischen Bedingungen des Organismus, auf dem es wächst, viel zu eng verbunden, als daß es angängig wäre, seine Lebenserscheinungen losgelöst von dem letzteren zu betrachten.

Die Uhr von Prag. Im ersten Heft der von M. G. Conrad und L. Jacobowski herausgegebenen Halbmonatsschrift Die Gesellschaft (Verlag von J. C. C. Brunz

in Minden und Leipzig) finden wir die folgenden sinnreichen Verse des in Prag lebenden Dichters Hugo Salus:

Es ist eine alte Uhr in Prag,
Verloren das Wert und der Stundenschlag,
Verstimmt ihre Stimme im Munde,
Zeigt immer die gleiche Stunde.

Doch täglich einmal, so tot sie sei,
Schleicht zögernd die Zeit an der Uhr vorbei,
Dann zeigt sie die richtige Stunde,
Wie die Uhren all in der Stunde.

Es ist kein Wert so abgethan,
Kommt doch einmal seine Zeit heran,
Daß es sein Wirken bekunde,
Kommt doch seine richtige Stunde!

Gingefandt.

Heilstätten und kommunale Aufgaben.

Ev. Die letzte Debatte im hiesigen Stadtverordnetenkollegium, die in den einstimmig angenommenen Beschluß ausließ, 50 000 Mark aus Sparfassenüberschüssen als Beihilfe für Vereine zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht auszuwerfen, ist für uns Arbeiter von hoher Bedeutung.

Mit vollem Recht hob Genosse Schmidt die Stellung des Magistrats und der Stadtverordneten zu den Bestrebungen der hiesigen Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lebenslage hervor. Wenn die Herren Stadtverordneten und die Herren des Magistrats sich nur etwas auf die Ergebnisse des Tuberkulosen-Kongresses besonnen hätten, dann würden sie nicht mit der Vorlage gekommen sein.

Betrachten wir diese Ergebnisse im Hinblick auf die Aufgaben der Kommune.

Es ist allseitig auf diesem Kongress konstatiert worden, daß die Lungenschwindsucht im Anfangsstadium heilbar sei, daß es vor allem darauf ankomme, vorbeugende Maßregeln zu treffen und das Schwergewicht der Bekämpfung der Lungenschwindsucht nicht in der Errichtung von Heilstätten zu suchen sei.

Es heißt also, der Lungenschwindsucht vorzubeugen! Das heißt also für den Magistrat und die Stadtverordneten, einmal den städtischen Arbeitern auskömmliche Löhne zu gewähren und sie nicht abzuspeisen mit einem täglichen Verdienst von 2—2,50 Mark bei zahlreicher Familie, zum andern für Verbilligung der Lebensmittel einzutreten, die Konsumfähigkeit der Bevölkerung zu heben, die Wohnungsverhältnisse zu bessern, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu erweitern und zu sichern. Und vorzubeugen in folgender Hinsicht.

Auf der im Anschluß an den Tuberkulosen-Kongress zu stande gekommenen Krankenkassen-Konferenz machte Dr. Becker nach den Ausführungen von Dr. Friedeberg, der in wirkungsvoller Weise den Standpunkt der Arbeiter zur Tuberkulosenfrage vertreten hatte, folgende Ausführungen:

Er sagte: Was nützen uns alle die wissenschaftlich erfindenen Heilmittel, der Tuberkulose entgegenzutreten, wenn die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, für deren Zustand die Stadt die größte Verantwortung trägt, die denkbar schlechtesten seien. Was nützen Medizin und natürliche Heilmittel, wenn der Arbeiter nicht aus seinen engen, dumpfen und ungesunden Wänden herauskomme. Bei der mit der kapitalistischen, nach Erhöhung der Grundrente schreienden Entwicklung der Grund- und Bodenverhältnisse ist es augenblicklich ausgeschlossen, hier Besserung zu ermöglichen. Aber auf einer andern Seite könne die Stadt der Tuberkulose vorbeugend entgegenzutreten. Es sei überall das Bestreben, zunächst nur im Interesse der bestehenden Klasse, im Umkreis der Stadt Anlagen zu errichten, an geeigneten Orten mit vorhandenen Bodenverhältnissen Laubwälder zu konserbieren, sie zu Erholungsstätten für alle und jedermann zu machen. Diese Erholungsstätten solle man für die Tuberkulosenkranken benutzen; die Heilstätten selbst seien einmal zu kostspielig und zum andern so geringwertig für die Vorbeugung der Krankheit und dann zu sparsam gefast, als daß das Schwergewicht hier zu finden wäre. In diesen Erholungsstätten solle der Magistrat Baracken errichten lassen, gegen Wind und Wetter auf der einen Seite geschützt, auf der andern geeignet, die Kranken tagsüber frische und gesunde Luft atmen zu lassen. An Material zu den Baracken sei kein Mangel; für Kriegszwecke liege eine Unmenge dieser Baracken vorrätig; wie schön, wenn sie auch zu Friedenszeiten benutzt werden könnten im Interesse der Volksgesundheit und des Volkswohlstandes.

Dies die Ausführungen des Dr. Becker. Und ich meine, hier ist ein Gedanke enthalten, dessen Ausführung sich jede Kommune angelegen sein lassen sollte. Namentlich hier in Magdeburg. Haben wir nicht den Herrenkrug, das Rote Horn, beide Eigentum der Stadt? Könnten hier nicht Stätten in der angegebenen Weise errichtet werden, den Kranken die frische Luft zu gewähren, die sie in ihren vier Wänden nicht haben! Wir könnten im Herrenkrug, auf dem Rote Horn ungezählte Baracken haben, nicht nur um eine verschwindend geringe Zahl von Tuberkulosenkranken aufzunehmen, sondern vor allen Dingen um keine Auswahl treffen zu lassen, wie das geschehen war in den Heilstätten! — Die Krankenkassen, die ihr Interesse an der Bekämpfung der Lungenschwindsucht so oft gezeigt haben, würden weiter helfend eingreifen, den Kranken Milch gewähren u. u.; andererseits müßte die Stadt die privaten Verkehrsvereine, wie die elektrische Bahn, bestimmen, diese Kranken unentgeltlich hierhin zu beschaffen. Das wäre eine vorbeugende Maßregel, die allen zu gute käme, die mit weniger Mitteln erreichbar wäre und vor allen Dingen wirkliche Vorbeugung gewähren würde.

Aber noch nach einer andern Seite könnte der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium für die Vorbeugung der Tuberkulosenkrankheit sorgen, und zwar durch Stärkung der Krankenkassen, vor allem der Ortskrankenkassen.

Die Arbeiter, die einen bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung der Krankenkassen ausüben können, haben zunächst wieder das eine betont und die Erfolge haben ihnen

recht gegeben, daß sie in ihren Bestrebungen nicht von parteipolitischen Tendenzen sich leiten lassen, und daß zum andern nur durch einen Zusammenschluß sämtlicher Krankenkassen am Orte nennenswerte Erfolge, vor allem in der Bekämpfung von Volkskrankheiten, zu erzielen seien. Es ist klar, daß eine große Klasse mehr Mittel auswerfen kann gerade für Lungenkrankheiten als kleine. Sei es durch Gewährung von höherem Krankengeld, sei es durch Bewilligung von Stärkungs- und Heilmitteln.

Nun betrachten wir uns die Stellung des hiesigen Magistrats zu der Verschmelzung der Ortskrankenkassen. Zunächst durch den Mund des Stadtrats Walter ein eifriger Befürworter der Bestrebungen, dann als Beauftragter der Regierung ein Begünstiger der Bestrebungen der Fabrikanten, eigene Betriebskrankenkassen zu errichten, und weiter infolge des neuen Zwangsversicherungsgeetzes ein Kämpfer für die Errichtung neuer Zünfts-krankenkassen.

Ob der Magistrat, wie damals der Leipziger Stadtrat, sich herbeilassen wird, den Ortskrankenkassen durch Gewährung von nennenswerten Zuschüssen ihre Aufgaben zu erleichtern. Ich glaube es nicht; und gerade die Bewilligung von 50 000 Mark für private Zwecke, bestärkt mich in dem Gedanken, daß von dieser Seite zu allgemeinen Zwecken nichts zu holen ist.

Da haben es wir Arbeiter uns selbst zum innersten Gebot zu machen, dafür zu sorgen, daß wir mit eigenen Mitteln und eigenen Kräften dahin kommen, daß wir uns einreihen können in jene Reihen von Menschenkämpfern für Menschenrechte und Menschheitsideen, die nicht wanken wollen, nicht glänzen wollen mit dem was sie geben, sondern die nur zeigen wollen, was aus allgemeiner Menschenliebe heraus, aus der innersten Liebe heraus zu euren Brüdern und Schwestern, die unverschuldet den Todeskeim ihres Lebens in sich tragen und die von der Allgewalt der heutigen Wirtschaftsverhältnisse an Leib und Seele gebrochen des Lebens Gesundheit nicht kennen, was aus allgemeiner Menschenliebe besser gethan werden kann, gethan werden muß!

Aber auch dafür müssen wir aber sorgen, diese allgemeinen Bestrebungen auch im Stadtparlamente zur Durchführung kommen, daß wir mehr Vertreter hineinbringen, die unsere Gedanken, die sich decken mit dem Kulturfortschritt, in die That, in die Verwirklichung bringen können!

Die Debatten im Stadtparlamente geben uns neuen Agitationsstoff, mühen wir sie aus, auf daß sie Früchte bringen für uns und unsere Kinder! —

Bücherchau.

Die Sozialistischen Monatshefte haben soeben das 6. Heft ihres 5. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Viktor Frankl: Das Gesetz des geschlechtlichen Arbeitverhältnisses. — Solvorno Merlino: Grenzen des Sozialismus. — Wolfgang Heine: Ritzien und Landauer. — Dr. G. Schillowsky: Die Polemik Plechanows contra Stern und Conrad Schmidt. — S. Kagenstein: Der 3. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Wally Zepfer: Die Frau der Zukunft und die freie Liebe. — Dr. R. Kolwitz: Bemerkungen zum Tuberkulosen-Kongress. — D. F. Lypenheimer: Die soziale Bedeutung der Genossenschaften. — Bücherschau: Bücher. Neuere. — Der Preis des elegant ausgestatteten Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Postanstalten sowie direkt vom Verlage Gleditschstraße 23, Berlin W.

Mit der soeben erschienenen Nummer 14 beschließt der Simplicissimus (Illustr. Wochenchrift. Vierteljährlich 1,25 Mark. Einzeln 10 Pf.) Verlag von A. Langen in München das erste Quartal seines 4. Jahrganges. — Das Verhältniß gewisser Kreise zur „Zuchthausvorlage“ kennzeichnet sehr hübsch Bruno Pauls Lebensmänn, der in etwas verdrücklicher Beredungsform in die untergeordneten Worte ausbricht: „Unverschämtes Proletengesinde! Den möchte ich sehen, der mich hindern könnte, wenn ich arbeiten wollte.“ — Künsterlich gleichwertig ist dieser Zeichnung das porträtierte Bild von Wilhelm Schulz: „Das Krüglein“. — Auch Engl, Thöny und Regnick haben von ihrem Besten gegeben. — Mia Holms zeitgemäßes und formvollendetes Gedicht „Krieg“ und eine Novelle „Das Gute im Menschen“ von Heinrich Mann, die durch den rasiden und niederbeschmetternden Vortrag eines schrecklichen Begebnisses packt, bilden den literarischen Teil der empfehlenswerten Nummer.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

In der Mitglieder-Versammlung der Schmiede vom Sonnabend wurde beschlossen, vom 5. Juli ab die Arbeit ruhen zu lassen. Die Forderungen der Gesellen wurden von den Meistern rundweg abgelehnt; man ließ sich nicht einmünd in Unterhandlungen ein. Durch dieses Verhalten der Meister sind die Gesellen geradezu zum Streit gezwungen worden. Die Forderungen sind bereits vor 12 Jahren gestellt worden. Daß die Forderungen der Gesellen sehr bescheiden sind, wurde in der Meisterversammlung von einigen Meistern anerkannt. Die Meisterschmiede in Magdeburg sind so organisiert, daß sie im Stande sind, jeden Schlag zu parieren. Es sind fünf unorganisierte Meisterschmiede hier, die sich aber ebenfalls mit den übrigen einverstanden erklärten. Die Begeisterung war in der Versammlung so groß, daß die Mahnung einiger Kollegen, noch einmal zu versuchen, sich mit den Meistern zu verständigen, abgelehnt wurde. Die Forderungen lauten: 1. Abschaffung des Rost- und Logiszwangs, 2. zehnstündige Arbeitszeit; 3. Lohn für Schirmmeister nicht unter 40 Pfg. pro Stunde, Lohn für Stodgesellen nicht unter 30 Pfg. pro Stunde, Nebensolden mit 10 Pfg. Aufschlag pro Stunde, Sonntagsarbeit mit 20 Pfg. Aufschlag pro Stunde; 4. Auszahlung des Lohnes Sonnabends abends vor 6 Uhr; 5. Bezug der Gesellen vom Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs, Kleine Klosterstraße 15/16.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

		Stbe.		gan	wuch
Barbubis	17. Juni	+ 0,07	18. Juni	+ 0,06	0,01
Brandis		+ 0,20		+ 0,16	0,04
Rehmit		- 0,13		- 0,14	0,01
Leitmeritz		- 0,01		+ 0,02	0,03
Aufsig	18.		19.	+ 0,35	
Dresden		- 0,98		- 0,98	
Torgau		+ 1,10		+ 1,10	
Bitterberg				+ 1,86	
Koschlaw		+ 1,55		+ 1,39	0,16
Barby		+ 2,40		+ 2,28	0,12
Schönebeck		+ 2,16		+ 2,10	0,06
Magdeburg	19.	+ 1,90	20.	+ 1,85	0,05
Tangermünde		+ 2,40	19.	+ 2,70	0,30
Wittenberge		+ 1,98		+ 2,06	0,10
Dömitz, Pegel		+ 1,45		+ 1,40	0,05
Sauenburg		+ 1,54		+ 1,47	0,07

